Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

REPRESENTATIVE of German Industry + Trade

Washington News

Handel | Digital | Energie

Juli 2026

Im Fokus

Deutsche US-Direktinvestitionen stiegen 2025 um 49 Mrd. US-Dollar

Das *Bureau of Economic Analysis* (BEA) hat die offiziellen Daten zu Direktinvestitionen in den USA für das Jahr 2025 veröffentlicht. Die ausländischen Direktinvestitionen in die USA stiegen um 266 Mrd. US-Dollar auf einen kumulierten Gesamtwert von 5,86 Billionen US-Dollar zum Jahresende 2025. Der größte Anstieg kam aus Europa (350,2 Mrd. US-Dollar), angeführt von Investitionen aus Deutschland in Höhe von insgesamt 49 Mrd. US-Dollar. Bei der Betrachtung des Bestands an ausländischen Direktinvestitionen in den USA nach dem Land des *Ultimate Beneficial Owner* (UBO), also der an der Spitze der globalen Eigentumskette stehenden Einheit, stiegen die gesamten ausländischen Direktinvestitionen aus Deutschland auf 706,2 Mrd. US-Dollar, gegenüber 677 Mrd. US-Dollar im Jahr 2024. Deutschland liegt damit weiterhin an dritter Stelle hinter Japan (827,1 Mrd. US-Dollar) und Kanada (819,8 Mrd. US-Dollar).

US-Kongress bei Vorschlägen zur Haushaltsfortführung noch uneinig

Das US-Repräsentantenhaus hat eine *Continuing Resolution* (CR) zur Fortführung des aktuellen Haushalts verabschiedet. Diese Resolution würde die Mittel und Zuwendungen der US-Regierung ohne ein neues reguläres Haushaltverfahren weiterfinanzieren. Ohne eine Resolution zum Übergangshaushalt würden nicht-essenzielle Funktionen der US-Regierung am 30. September in einem Government Shutdown geschlossen. Die im Repräsentantenhaus verabschiedete Resolution enthält keine parteipolitischen Anhänge, sondern würde den aktuellen Haushalt unverändert bis zum 4. Dezember fortführen.

Damit wäre die Haushaltsfrage vertagt bis nach den Zwischenwahlen am 3. November. Die Resolution bedarf nun der Zustimmung des US-Senats, welcher bereits Zweifel signalisiert und an einem eigenen Paket arbeitet, welches parteipolitische Haushaltsprioritäten der US-Administration enthält. Mehrheitsführer Senator John Thune (R-SD) kündigte an, das senatseigene Paket noch vor der Sommerpause am 7. August zur Abstimmung zu stellen. Ferner stellte er in Aussicht, dass ohne überparteiliche Einigung auf eine CR das Haushaltskonsolidierungsverfahren (Reconciliation) zur Finanzierung mit einfacher Mehrheit herangezogen werden könnte.

Repräsentantenhaus ebnet Weg für drittes Haushaltskonsolidierungsgesetz

Nach dem sogenannten *One Big Beautiful Bill Act* zur Umsetzung republikanischer Haushalts- und Steuerprioritäten und dem *Secure America Act* zur Finanzierung von Präsident Trumps Abschiebe- und Grenzschutzpolitik, strebt ein Großteil der republikanischen Kongressabgeordneten die Verabschiedung eines dritten

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Konsolidierungsgesetzes an. Das Haushaltskonsolidierungsverfahren (*Reconciliation*) erlaubt es, die Hürde zur Abstimmung im US-Senat von 60 Stimmen zu umgehen und ein auf Einnahmen und Ausgaben beschränktes Gesetz mit einfacher Mehrheit zu verabschieden. Um dieses Verfahren nutzen zu können müssen beide Kongresskammern zunächst einen identischen Budgetrahmen verabschieden. Dies hat das US-Repräsentantenhaus nun getan. Die relevanten Ausschüsse sind aufgerufen bis Herbst relevante Gesetzestexte vorzulegen, die das „Reconciliation 3.0"-Paket ausmachen sollen.

Trump übermittelt offiziell Iran-Kriegserklärung an US-Kongress
Die US-Administration hat eine offizielle Mitteilung an den US-Kongress übermittelt, dass sich die USA im Krieg mit dem Iran befinden. Diese setzt eine erneute 60-Tage-Frist für militärische Maßnahmen in Gang, bevor eine Zustimmung des Kongresses für die Weiterführung von Kampfhandlungen erforderlich ist. In dem Schreiben erklärte Präsident Trump, dass die Angriffe auf den Iran am 7. Juli begonnen hätten. Die Regierung erklärte ebenfalls, der Iran befände sich im Verstoß gegen das gemeinsame Memorandum of Understanding, wodurch dieses ungültig und der Waffenstillstand beendet sei. Präsident Trump schlug zudem vor, eine US-Blockade zur Kontrolle der Straße von Hormus einzuführen und Schiffen eine Gebühr von 20 Prozent ihres Warenwertes für die Durchfahrt zu berechnen.

Das US-Repräsentantenhaus stimmte unterdessen mit 214 zu 208 Stimmen für eine Resolution, die Präsident Trump auffordert, die US-Militäraktion im Iran ohne ausdrückliche Zustimmung des Kongresses zu beenden. Die Resolution hat zunächst vor allem politische Bedeutung: Sie beendet die Kampfhandlungen nicht unmittelbar und muss noch den Senat passieren. Zudem bestreitet die Trump-Administration die Verfassungsmäßigkeit der zugrunde liegenden War Powers Resolution. Sollte der Senat jedoch ebenfalls zustimmen, würde der politische und rechtliche Druck auf die Administration erheblich steigen. (pm)

Repräsentantenhaus verabschiedet Verteidigungsgesetz über 1,15 Billionen USD
Das US-Repräsentantenhaus hat den *National Defense Authorization Act* (NDAA) mit knapper Mehrheit von 216 zu 212 Stimmen verabschiedet. Das Gesetz enthält mehrere Änderungsanträge zu Energie- und Umweltthemen. Diese stärken die heimische Beschaffung und das Recycling kritischer Mineralien, erweitern die Befugnisse des Pentagon beim Erwerb kritischer Rohstoffe, schreiben Analysen zu potenziellen Anwendungen geothermischer Energie vor und untersagen die Beschaffung bestimmter Elektrofahrzeuge, deren Komponenten unter Einsatz von Kinder- oder Zwangsarbeit hergestellt wurden.

Obwohl der NDAA ursprünglich mit parteiübergreifender Unterstützung eingebracht wurde, wurde er letztlich weitgehend entlang der Parteilinien verabschiedet, da sich viele Demokraten angesichts des anhaltenden Konflikts mit dem Iran gegen Verteidigungsmittel in Höhe von mehr als einer Billion US-Dollar aussprachen. Der Gesetzentwurf geht nun an den Senat, wo insbesondere die Aufnahme des *SAVE America Act* (nach Verabschiedung des NDAA beschloss die republikanischen Führung Präsident Trumps Gesetzentwurf zur Wahlreform anzuhängen), die US-Militäraktion im Iran und Bestimmungen zur engeren US-israelischen Verteidigungskooperation auf Widerstand stoßen dürften. (SaM)

Handel

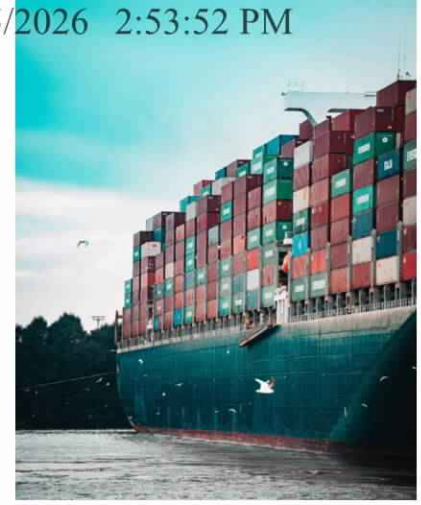
50 % Zölle auf kanadische Waren als Reaktion auf Handelsbeschränkungen
Präsident Trump hat drei Proklamationen nach Section 338 des Trade Act von 1930 unterzeichnet. Darin werden neue Zölle als Reaktion auf drei Arten kanadischer Handelsbeschränkungen angekündigt: (1) Verbote einzelner kanadischer Provinzen von alkoholischen Getränken aus den USA, (2) landesweite Zollkontingente für in den USA hergestellte Fahrzeuge sowie (3) Zollkontingente für US-Milchprodukte.

Es ist das erste Mal, dass ein Präsident Section 338 nutzt. Diese Bestimmung erlaubt es dem Weißen Haus, Zölle von bis zu 50 Prozent zu verhängen, um gegen eine angebliche

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Diskriminierung US-amerikanischer Exporte vorzugehen. Section 338 sieht eine 30-tägige Wartefrist vor.



Sollten die Verhandlungen zwischen den USA und Kanada den Handelsstreit nicht beilegen, treten ab dem 19. August 2026 Zölle von 50 Prozent auf Importe von Fahrzeugen, Alkohol und Milchprodukten aus Kanada in Kraft. Für Waren, die unter das USMCA Abkommen fallen, gibt es keine Ausnahmen. Die Section-338-Zölle gelten jedoch nicht für Energie, Kali, Produkte, die bereits Section-232-Zöllen unterliegen, sowie bestimmte andere Waren, darunter beispielsweise kritische Mineralien.

Diese Zollmaßnahmen erschweren die Gespräche zwischen den USA und Kanada über die Sechsjahresüberprüfung des USMCA Abkommens zusätzlich. Die USA und Mexiko haben am 21. Juli eine dritte bilaterale Verhandlungsrunde zur Überprüfung des USMCA begonnen. USTR lobte dabei Fortschritte Mexikos unter anderem in den Bereichen geistiges Eigentum, Zoll, wirtschaftliche Sicherheit und Umwelt. Mit Kanada haben bislang noch keine formellen bilateralen Verhandlungen zur Neuverhandlung oder Verlängerung des Abkommens stattgefunden.

Zollanreize für den Ausbau der US-Aluminiumproduktion

Präsident Trump hat das US-Wirtschaftsministerium (DOC) angewiesen, ein Programm einzurichten, das Unternehmen, die sich bis zum Ende seiner Amtszeit zur Verlagerung von Produktionskapazitäten für Aluminium in die USA verpflichten, eine Halbierung der Section-232-Zölle auf Primäraluminium ermöglicht. Die Proklamation begründet die Maßnahme mit dem begrenzten Angebot an Primäraluminium aus US-amerikanischer Produktion. Das bestehende Zollsystem müsse daher angepasst werden, um die Ausweitung der heimischen Aluminiumproduktion stärker zu fördern.

Um sich zu qualifizieren, müssen Unternehmen Pläne für den Aufbau von Produktionskapazitäten in den USA vorlegen. Diese müssen unter anderem die Verpflichtung enthalten, bei Genehmigung des Plans eine Anlage zur Herstellung von Primäraluminium in den USA zu bauen, zu modernisieren oder zu erweitern. Außerdem muss sich das Unternehmen verpflichten, bis zum 20. Januar 2029 mit den Bauarbeiten zu beginnen. Wird der Plan genehmigt, darf das Unternehmen jährlich so viel Primäraluminium importieren, wie die US-Anlage nach Abschluss des Projekts voraussichtlich jährlich produzieren wird. Für diese Importe gilt der jeweils anwendbare Section-232-Zollsatz zur Hälfte.

Untersuchung nach Section 232 zu Flugzeugimporten

Eine Untersuchung nach Section 232 kam zu dem Ergebnis, dass die US-Luftfahrtindustrie aufgrund starker Abhängigkeit von ausländischen Lieferketten anfällig für externe Schocks, Sicherheitsrisiken und ausländische Einflussnahme ist. Unmittelbare Zölle sind zunächst nicht vorgesehen. Stattdessen sollen der US-Handelsbeauftragte Jamieson Greer und US-Wirtschaftsminister Howard Lutnick Verhandlungen mit Handelspartnern aufnehmen, um die Einfuhren ausländischer Flugzeuge, Triebwerke und Flugzeugteile zu reduzieren. Sollten innerhalb von 180 Tagen keine Vereinbarungen erzielt werden oder diese sich als unwirksam erweisen, könnten weitere Maßnahmen folgen.

Section-301-Zölle auf Importe aus Brasilien

Das Büro des US-Handelsbeauftragten (USTR) hat nach einer Untersuchung brasilianischer Handelspraktiken zusätzliche Zölle von 25 Prozent ab dem 22. Juli dieses Jahres auf brasilianische Waren angekündigt. Die Untersuchung kam zu dem Ergebnis, dass unter anderem Brasiliens Digitalpolitik und bevorzugte Zölle für andere Länder US-Unternehmen benachteiligen. Ausnahmen gelten unter anderem für wirtschaftlich wichtige oder in den USA nicht ausreichend verfügbare Waren wie Kaffee, Rindfleisch und Öl.

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

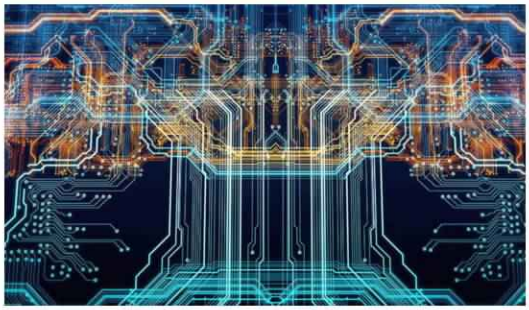
Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Auch zivile Flugzeuge und andere Waren, die bereits separaten Zöllen aus Gründen der nationalen Sicherheit unterliegen, sind ausgenommen.

Update zu den Rückerstattungen der IEEPA-Zölle
Nach Angaben von *US Customs and Border Protection* (CBP) wurden bislang Rückerstattungsansprüche in Höhe von mehr als 121 Mrd. US-Dollar akzeptiert. Davon wurden Ansprüche in Höhe von 86 Mrd. US-Dollar abgeschlossen und zur Auszahlung an das US-Finanzministerium übermittelt. Rund 4,77 Mio. Einträge sind bislang an der *Consolidated Administration and Processing of Entries* (CAPE)-Validierung gescheitert, entweder weil das System die Anträge noch nicht bearbeiten kann, weil wichtige Daten fehlen oder weil die Sendung bereits vor mehr als 80 Tagen endgültig abgefertigt wurden.

Die Erklärung enthält keine Angaben dazu, wann die nächste Phase von CAPE eingeführt wird. Diese soll es ermöglichen, auch Abrechnungen zu bearbeiten, die älter als 90 Tage sind. Eine Anordnung des Richters Richard Eaton vom Internationalen Handelsgericht vom 15. Juli verpflichtet die CBP zudem, „endgültige“ Einträge für Importeure, die eine Rückerstattungsklage eingereicht haben, neu abzurechnen. Sobald CAPE entsprechend aktualisiert ist, können diese Importeure eine Rückerstattung beantragen. Für andere Importeure mit solchen Einfuhren gibt es bislang kein einheitliches Verfahren. Die Regierung ist der Ansicht, dass sie jeweils eine eigene gerichtliche Anordnung beantragen müssen. Das Gericht prüft jedoch noch, ob eine Sammelklage eine umfassendere Lösung ermöglichen könnte. (sh)

Digital



USA verschärfen Regulierung von Rechenzentren
Der Energie- und Handelsausschuss des US-Repräsentantenhauses hat den Wortlaut des parteiübergreifenden *Ratepayer Protection Act* (H.R. 9340) eingegrenzt. Der Gesetzentwurf richtet sich nun gezielt an Rechenzentren, anstatt, wie ursprünglich vorgesehen, allgemein an Projekte mit einer Spitzenlast von mindestens 100 Megawatt. Sollte das Gesetz verabschiedet werden, müssten die Bundesstaaten die Einführung eines bundesweiten Standards prüfen, nach dem Rechenzentren die vollständigen Kosten für den Ausbau der Stromerzeugungs- und Übertragungsinfrastruktur tragen, die zur Deckung ihres Strombedarfs erforderlich ist.

Auch auf Ebene der Bundesstaaten wurden neue Maßnahmen zur Regulierung von Rechenzentren beschlossen. Die Gouverneurin von Virginia, Abigail Spanberger, unterzeichnete die erste landesweite Steuer auf den Stromverbrauch von Rechenzentren. Ziel ist es, Rechenzentren stärker an den Kosten des Netzausbaus zu beteiligen und die Aufsicht über ihre Umweltauswirkungen zu verschärfen. Die Gouverneurin von Arizona, Katie Hobbs, unterzeichnete eine dreijährige Aussetzung neuer Steuervergünstigungen für Rechenzentren und kündigte weitere Maßnahmen an, um deren Ausbau zu begrenzen. In New York verhängte Gouverneurin Kathy Hochul ein einjähriges Moratorium für neue Hyperscale-Rechenzentren; das erste landesweite Moratorium dieser Art in den USA. Damit soll dem Bundesstaat Zeit verschafft werden, die Auswirkungen solcher Anlagen auf den Strombedarf und die Umwelt umfassend zu bewerten.

Exportkontrollen für KI-Modelle aufgehoben
Wie bereits berichtet, hat die US-Regierung Exportbeschränkungen für Anthropics Claude Fable 5 und Claude Mythos 5 verhängt. Infolgedessen stellte Anthropic den Zugriff auf die Modelle für sämtliche Nutzer ein. Zum 30. Juni wurden die Exportbeschränkungen jedoch aufgehoben, und das Modell Fable wurde am 1. Juli weltweit wieder für Nutzer freigeschaltet. Für Mythos wurde der Zugang nach Genehmigung durch das US-Handelsministerium für ausgewählte US-Organisationen wiederhergestellt.

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Auch OpenAI stellte sein neuestes Modell GPT-5.6 Sol nach Genehmigung durch die US-Regierung zunächst einer kleinen Gruppe von Partnern zur Verfügung. Gleichzeitig betonte das Unternehmen jedoch, dass ein frühzeitiger Zugang der Regierung zu neuen Modellen aus seiner Sicht kein nachhaltiges Verfahren für künftige Produkteinführungen sei.

Während chinesische Unternehmen kostengünstigere Alternativen zu US-Technologien auf den Markt bringen, wächst die Sorge, dass die Beteiligung der Regierung an der Einführung US-amerikanischer KI-Technologien die Wettbewerbsfähigkeit US-amerikanischer Unternehmen beeinträchtigen könnte.

Illinois setzt neue Maßstäbe bei der Regulierung von Frontier-KI
Illinois ist der dritte US-Bundesstaat, der Vorschriften für sogenannte Frontier-KI verabschiedet hat. Der *Artificial Intelligence Safety Measures Act* (Illinois Senate Bill 315) wurde am 6. Juli unterzeichnet und damit in Kraft gesetzt. Das Gesetz orientiert sich in wesentlichen Teilen an den Frontier-KI-Gesetzen des Bundesstaates New York (RAISE Act) und Kaliforniens (SB-53). Neu ist jedoch, dass Illinois als erster Bundesstaat verpflichtende, unabhängige Audits der Sicherheitspraktiken durch externe Dritte vorschreibt. Während die zentralen Bestimmungen des Gesetzes zum 1. Januar 2027 in Kraft treten, gilt die Auditpflicht für große Frontier-KI-Entwickler (definiert als Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 500 Millionen US-Dollar im Vorjahr) erst ab dem 1. Januar 2028.

Auch der Bundesstaat Massachusetts hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der führende KI-Unternehmen zur Veröffentlichung ihrer Sicherheitsrahmen verpflichten würde. Im Zuge der Beratungen haben sich auch OpenAI und Anthropic zu Wort gemeldet. OpenAI unterstützt einen Gesetzentwurf, der sich inhaltlich am neuen Gesetz in Illinois orientiert.

Anthropic spricht sich hingegen für eine noch strengere Regulierung aus: Das Unternehmen befürwortet eine Verpflichtung für führende KI-Entwickler, sich unabhängigen Sicherheitsbewertungen zu unterziehen. Dies würde über die Anforderungen eines externen Audits hinausgehen und einen noch höheren Prüfungsmaßstab etablieren. (SaM)

US-Verteidigungsministerium muss Lieferkettenresilienz stärken
Präsident Trump hat per Dekret das US-Verteidigungsministerium angeordnet, seine Beschaffungsregeln für kritische Rohstoffe, Magnete und andere sensible Güter aus bedenklichen Staaten (China, Russland, Iran und Nordkorea) zu verschärfen. Unter anderem sollen striktere Standards für Ausnahmegenehmigungen eingeführt werden und (Unter-)Auftragnehmer zu mehr Transparenz sowie Dokumentationspflichten zu Diversifizierungsmaßnahmen und -plänen verpflichtet werden. Auch soll das Ministerium Primärauftragnehmer und Unterauftragnehmer verpflichten, ihre gesamte Lieferkette offenzulegen und auf ausländische Unternehmensanteile, finanzielle Risiken und Lieferkettenrisiken zu untersuchen. Die neuen Regeln für Ausnamegenehmigungen sollen ab 1. Januar 2027 in Kraft treten. (pm)

Energie

FERC fordert Koordinierung von Übertragungsnetzen in US-Weststaaten
Die US-Bundesaufsichtsbehörde für den Energiesektor (FERC) hat sich zur zunehmenden Vernetzung der Strommärkte im Westen der USA geäußert, wo der kalifornische Netzbetreiber und der *Southwest Power Pool* ihre regionalen Märkte ausbauen und miteinander verbinden. Die Anordnung der FERC verpflichtet beide, über künftige Koordinierungsmechanismen zu berichten, die sie nach der Verbindung ihrer Systeme nutzen wollen. Der Bericht ist bis zum 30. September fällig. FERC-Vorsitzende Laura Swett betonte die Chance für die westlichen

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Märkte, die marktübergreifenden Ineffizienzen zu vermeiden, die in der Eastern Interconnection der USA bestehen.

Die westlichen Betreiber hoffen, dass ein stärkeres Netz mit ihren zwei Day-Ahead-Märkten neue Effizienzgewinne erschließen könnte, da sie in Zeiten hoher Netzauslastungen kostengünstigere Erzeugungskapazitäten und Ressourcen teilen könnten.

DOE veröffentlicht Studienentwurf zum Ausbaubedarf der Übertragungsnetze
Das US-Energieministerium DOE hat einen Entwurf seiner Studie zum Bedarf nach erweitertem Netzausbau in den USA veröffentlicht. Dieser identifiziert erhebliche Engpässe in den US-Übertragungsnetzen und unterstreicht die Notwendigkeit zusätzlicher Investitionen, um Engpässe zu verringern und die Versorgungssicherheit zu verbessern.

Die alle drei Jahre durchgeführte Studie nennt den steigenden Strombedarf von Rechenzentren, der verarbeitenden Industrie und anderen großen industriellen Verbrauchern als wesentliche Treiber des künftigen Übertragungsbedarfs. Das DOE nimmt bis zum 8. September 2026 Stellungnahmen zum Entwurf entgegen, bevor es die finale Studie veröffentlicht, die als Grundlage für die künftige Übertragungsplanung und die Politik der US-Bundesregierung dienen wird.

Verlängerte Frist für Einhaltung von Emissionsstandards für Chemieunternehmen
Präsident Trump hat per Dekret Chemieunternehmen eine zweijährige Fristverlängerung für die Einhaltung einiger Emissionsstandards gewährt. Die in der Biden-Ära erlassenen *Hazardous Organic National Emissions Standards for Hazardous Air Pollutants* (HON) regeln die Herstellung bestimmter synthetischer organischer Chemikalien.

Als Gründe für die Aufschiebung der Einhaltung nannte die Administration die mangelnde kommerzielle Verfügbarkeit der Best-Available-Technologies zur Emissionsminderung sowie mögliche Gefahren für die nationale Sicherheit der USA. Das Argument der nationalen Sicherheit bezieht sich auf mögliche Störungen der Lieferketten von Halbleitern, medizinischen Geräten und Verteidigungsausrüstung.

Konkret stützt sich die Proklamation auf Abschnitt 112(i)(4) des *Clean Air Act*, der es dem Präsidenten erlaubt, stationäre Quellen (Fabriken) aus Gründen der nationalen Sicherheit von der Regelung auszunehmen. Die aufgeführten Anlagen können nun weiterhin gemäß den vor 2024 geltenden Emissionsstandards der EPA betrieben werden. (pm)

ICYMI

TBI besucht Washington DC
Anfang Juli war eine Delegation der *Transatlantic Business Initiative* (TBI) zu Besuch in Washington DC. Die Delegation traf sich mit Vertretern des US-Handelsbeauftragten (USTR), des Wirtschaftsministeriums, des Finanzministeriums, des Außenministeriums und des Weißen Hauses und führte intensive Gespräche mit Mitgliedern des Kongresses und der US Chamber of Commerce.

Geführt von Dr. Tobias Meyer, Vorstandsvorsitzender der DHL Gruppe, setzt sich die TBI für die Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland, den USA und Kanada ein. Die Initiative wird von vier Wirtschaftsverbänden getragen: Dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), dem Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) und dem Bundesverband deutscher Banken (BdB).

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:
Tel: (001) 202-378-8288
http://www.rgit-usa.com
publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the German Chamber of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.rgit-usa.com/germanbusinessusa

Follow us on LinkedIn!

Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1909 K Street NW Suite 750 | Washington , DC 20006 US

Aus Mailingliste austragen | Constant Contact Datenhinweis

Constant Contact

Try email marketing for free today!

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

REPRESENTATIVE of German Industry + Trade

Washington News

Handel | Digital | Energie

April 2026

Im Fokus

Vereinfachung der Zölle nach Section 232 auf Stahl, Aluminium und Kupfer
Das Weiße Haus hat eine neue Regelung für die Anwendung der Section-232-Zölle auf Stahl, Aluminium und Kupfer veröffentlicht. Künftig soll 50 Prozent Zoll auf den gesamten Zollwert von Metallwaren erhoben werden.

Für weiterverarbeitete Produkte gilt nun ein einheitlicher Ansatz: Während sie bislang nur auf ihren Metallanteil verzollt wurden und zusätzlich ein Zoll von 10 Prozent auf den Nicht-Metall-Anteil anfiel, wird künftig ein Satz von 25 Prozent auf den Gesamtwert angewendet, sofern der Metallanteil mindestens 15 Prozent beträgt. Produkte mit einem geringeren Metallanteil sind von den Section-232-Zöllen auf Stahl und Aluminium ausgenommen.

Laut des Weißen Hauses gilt bis 2027 zudem ein separater Zollsatz von 15 Prozent für metallintensive Industrieanlagen und Ausrüstung für Stromnetze. Produkte, die außerhalb der USA hergestellt werden, aber US-Stahl, Aluminium oder Kupfer enthalten, unterliegen einem Zoll von 10 Prozent. Die Verordnung hebt zudem die für Aluminium-, Stahl- und Kupferderivate festgelegten Aufnahmeverfahren auf und weist den US-Wirtschaftsminister sowie den US-Handelsbeauftragten an, weitere Derivatsprodukte fortlaufend aufzunehmen, sofern diese als Risiko für die nationale Sicherheit eingestuft werden. Insgesamt wird die Vereinfachung als positives Signal für die Umsetzung des EU-US-Abkommens gewertet, auch wenn einige Produkte unter dem neuen System höheren Zöllen ausgesetzt sein werden.

Zölle auf Pharmazeutika
Das Weiße Haus gibt bekannt, die Section-232-Untersuchung des US-Wirtschaftsministeriums abgeschlossen zu haben und führt Zölle von bis zu 100 Prozent auf patentgeschützte Arzneimittel und entsprechende Wirkstoffe ein (Annex I). Gleichzeitig werden jedoch bestehende Handelsabkommen berücksichtigt: Für die Europäische Union, Südkorea, Japan und die Schweiz gilt eine Obergrenze von 15 Prozent, während für das Vereinigte Königreich ein Satz von 10 Prozent vorgesehen ist. Unternehmen aus Ländern mit entsprechenden Abkommen können somit von niedrigeren Zollsätzen profitieren.

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Geplant sind laut US-Regierung Anreize für Investitionen in den USA zu schaffen. Unternehmen, die sich zum Aufbau von Produktionskapazitäten in den Vereinigten Staaten verpflichten und der Anwendung von Meistbegünstigungspreisen zustimmen, können ihre Produkte bis zum 20. Januar 2029 zollfrei einführen. Erfolgt lediglich eine Investitionszusage ohne weitere Verpflichtungen, beträgt der Zollsatz 20 Prozent.

Die neuen Zölle treten für große Unternehmen (Annex III) nach 120 Tagen (31. Juli 2026) und für kleinere Unternehmen nach 180 Tagen (29. September 2026) in Kraft. Generische Arzneimittel und Wirkstoffe sind von den Maßnahmen ausgenommen. Auch bestimmte Spezialprodukte, wie Orphan Drugs, Tierarzneimittel und weitere ausgewählte Kategorien bleiben zollfrei, sofern sie aus Ländern mit einem US-Handelsabkommen stammen.

Update zu Rückerstattungen
Die US-Zollbehörde CBP hat neue Leitlinien vor dem Start ihres CAPE-Systems (*Consolidated Administration and Processing of Entries*) am 20. April veröffentlicht, das Rückerstattungen für zuvor erhobene IEEPA-Zölle abwickeln soll. Importeure können dann Anträge einreichen, wobei gültige Rückerstattungen in der Regel innerhalb von 60 bis 90 Tagen erfolgen sollen, während komplexere Fälle länger dauern oder erst bei der endgültigen Abfertigung bearbeitet werden.

Die Einführung erfolgt schrittweise, sodass bestimmte Sendungen – etwa mit laufenden Einspruchsverfahren Reconciliation-Kennzeichnung oder offenen Antidumping- bzw. Ausgleichszöllen (AD/CVD) – zunächst ausgeschlossen sind. Die Tatsache, dass CAPE Sendungen mit aktiven Einspruchsverfahren nicht verarbeiten kann, stellt für viele Importeure ein Hindernis dar. Richter Richard Eaton vom Court of International Trade hat angedeutet, dass Einsprüche zur Wahrung von Ansprüchen vor der endgültigen Abfertigung erforderlich sein könnten. CBP empfiehlt nun, Einsprüche zurückzunehmen, die ausschließlich zur Sicherung der Rückerstattungsansprüche eingelegt wurden, um die Bearbeitung zu beschleunigen.

Eine zentrale Herausforderung bleibt die Rückerstattung für Sendungen mit AD/CVD-Bezug, da diese derzeit nur manuell vor der endgültigen Abfertigung bearbeitet werden können und keine Zinsen umfassen. Gleichzeitig hat die Nutzung des elektronischen Rückerstattungssystems deutlich zugenommen, sodass inzwischen rund 82 % der betroffenen Einträge (im Wert von etwa 127 Milliarden US-Dollar) elektronisch erstattet werden können. (sh)

Handel

Verfahren zur Aufnahme von Autoersatzteilen in die Section-232-Zölle

Die *International Trade Administration* (ITA) hat ein neues Antragsfenster im Rahmen des Verfahrens zur Aufnahme von Autoersatzteilen in die Section-232-Zölle eröffnet. Die Frist zur Einreichung entsprechender Anträge lief vom 1. bis 14. April und ist inzwischen abgeschlossen. In diesem Zeitraum konnten Vorschläge zur Erweiterung der Liste betroffener importierter Autoteile eingereicht werden. Dieses Verfahren ist Teil eines vierteljährlichen Überprüfungszyklus, der jeweils im Januar, April, Juli und Oktober stattfindet. Nach der Einreichung werden genehmigte Anträge veröffentlicht und für eine 14-tägige öffentliche Kommentierungsphase geöffnet. Anschließend trifft die Behörde innerhalb von 60 Tagen eine endgültige Entscheidung und veröffentlicht etwaige Änderungen. Nach dem ersten Überprüfungszyklus zu Beginn dieses Jahres wurden bislang jedoch keine Aktualisierungen bekannt gegeben.

National Trade Estimate Report 2026
In seinem jährlichen *National Trade Estimate Report* hebt das Büro des US-Handelsbeauftragten die Verpflichtungen aus den *Agreements on Reciprocal Trade*

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

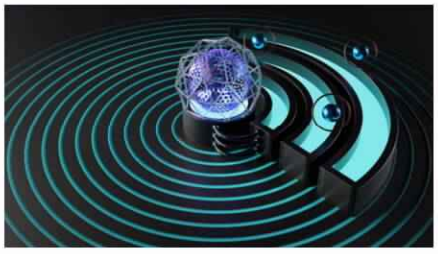
(ARTs) hervor. Der deutlich erweiterte Bericht betont, dass diese Abkommen darauf abzielen, langjährige Handelshemmnisse für US-Exporte und Investitionen abzubauen, etwa im digitalen Handel, bei sanitären und phytosanitären Maßnahmen sowie durch regulatorische Unterschiede. Zugleich verweist USTR auf Zusagen der Partnerländer, diese Hürden zu adressieren, auch wenn viele ARTs noch nicht vollständig umgesetzt sind.

Mit Blick auf die Europäische Union nennt der Bericht weiterhin Unterschiede bei Regulierung, Normensetzung sowie Digital- und Industriepolitik als zentrale Konfliktpunkte. Deutschland wird insbesondere wegen Marktzugangsbarrieren im Pharmabereich hervorgehoben, vor allem im Zusammenhang mit dem Preis- und Erstattungssystem nach dem Arzneimittelmarkt-Neuordnungsgesetzes (AMNOG). US-Stakeholder sehen darin erheblichen Preisdruck und Nachteile für innovative Medikamente, was teilweise zu verzögerten Markteinführungen führt. Zudem könnten niedrige Erstattungsniveaus über Referenzpreissysteme internationale Preise beeinflussen. Darüber hinaus verweist der Bericht auf Chinas dominante Rolle bei kritischen Rohstoffen und die Auswirkungen entsprechender Exportkontrollen auf globale Lieferketten.

USTR veröffentlicht Handelspolitische Agenda 2026 und Jahresbericht 2025
Das Büro des US-Handelsbeauftragten kündigte an, die „*America First*"-Handelspolitik fortzusetzen, und formulierte sechs Prioritäten: (1) Fortsetzung der Verhandlungen über neue Abkommen zum gegenseitigen Handel (*Agreements in Reciprocal Trade* (ART), (2) Durchsetzung bestehender Abkommen und US-Handelsgesetze, (3) Sicherung der Lieferketten für kritische Mineralien, (4) Überprüfung des USMCA-Abkommens, (5) Ausrichtung des Handels mit China auf mehr Reziprozität und Ausgewogenheit sowie (6) Förderung der US-Interessen in der WTO.

Zugleich stellte USTR klar, dass das ART-Programm trotz rechtlicher Unsicherheiten mit anderen Instrumenten fortgeführt wird. Das Büro verwies auf bereits geschlossene Abkommen u. a. mit Argentinien, Bangladesch, Indonesien und Taiwan sowie auf Rahmenabkommen mit Partnern wie der EU, Indien und Japan. Darüber hinaus sind weitere Überprüfungen zu erwarten, etwa zu Arzneimittelpreisen, Agrarpolitik und digitalem Handel. Die laufenden Section-301-Untersuchungen gegenüber China, wie zu Phase-1-Verpflichtungen, Schiffbau, Halbleitern und Technologietransfer, sollen fortgesetzt werden. (sh)

Digital



Senatsausschuss billigt Fortsetzung der National Quantum Initiative bis 2034
Der Wirtschaftsausschuss im *United States Senate* hat die Verlängerung von Forschungs- und Entwicklungsprogrammen im Quantenbereich einstimmig beschlossen.

Der Gesetzentwurf sieht unter anderem die Einrichtung von drei neuen Quantenforschungszentren beim *National Institute of Standards and Technology* (NIST) vor. Zusätzlich sollen drei interdisziplinäre Zentren bei der *National Science Foundation* (NSF) geschaffen werden, die gezielt der Ausbildung von Fachkräften im Quantenbereich dienen.

Darüber hinaus verpflichtet der Entwurf das *White House*, eine Strategie für die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern in der Quantenforschung und -entwicklung zu erarbeiten. Bevor das Gesetz in Kraft treten kann, muss es noch von beiden Kammern des US-Kongresses verabschiedet und anschließend vom Präsidenten unterzeichnet werden.

Trump-Regierung verbietet im Ausland hergestellte Verbraucher-Router

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Die *Federal Communications Commission* (FCC) hat ihre sogenannte „Covered List“ für Kommunikationsgeräte erweitert. Künftig umfasst sie auch alle im Ausland hergestellten Internet-Router für Verbraucher. Grundlage ist eine Entscheidung eines vom White House einberufenen, behördenübergreifenden Gremiums.

Nach der neuen Regelung dürfen Router, die außerhalb der USA produziert wurden, nur noch mit einer bedingten Genehmigung des Heimatschutz- oder Verteidigungsministeriums in die USA importiert und dort verkauft oder genutzt werden. Dies gilt auch für Geräte, die zwar in den USA entwickelt, jedoch im Ausland gefertigt wurden.

Bereits gekaufte Router sind von den neuen Vorgaben nicht betroffen. Unternehmen, die eine entsprechende Genehmigung beantragen möchten, müssen umfassende Angaben zu ihren Produktionsprozessen und Lieferketten machen. Darüber hinaus ist ein konkreter Plan zur Verlagerung der Fertigung in die USA vorzulegen.

Das Weiße Haus legt Kongress Vorschläge für einen KI-Rahmenplan vor
Die US-Regierung hat dem Kongress einen Vorschlag für einen KI-Rahmenplan vorgelegt und ihn aufgefordert, Gesetze in sieben Bereichen zu verabschieden. Dazu zählen unter anderem der Umgang mit den Auswirkungen von KI auf Gemeinden, Fragen des geistigen Eigentums, die Ausbildung von Fachkräften sowie die Klärung des Vorrangs nationaler gegenüber einzelstaatlichen Regelungen.

Im Hinblick auf lokale Auswirkungen plädiert die Regierung für eine Straffung der Genehmigungsverfahren für KI-Infrastruktur und für Maßnahmen zur Begrenzung steigender Energiepreise durch neue Rechenzentren. Zudem empfiehlt die Administration, die Rechte von Personen an ihrem eigenen Bild sowie an digital erzeugten Nachbildungen klar zu definieren. Gleichzeitig vertritt sie die Auffassung, dass das Training von KI-Modellen mit urheberrechtlich geschütztem Material keinen Verstoß gegen geistige Eigentumsrechte darstellt.

Angesichts des wachsenden Bedarfs an qualifizierten Fachkräften spricht sich das Weiße Haus für einen Ausbau von KI-Inhalten in Bildungs- und Ausbildungsprogrammen aus. Darüber hinaus fordert die Regierung gesetzliche Regelungen, die einzelstaatliche KI-Vorschriften außer Kraft setzen könnten. Zur Begründung heißt es, unterschiedliche Regelungen auf Bundesstaatsebene könnten den außen- und sicherheitspolitischen Zielen der USA entgegenstehen.

Ob der Rahmenplan im Kongress vor den anstehenden Zwischenwahlen Fortschritte macht, ist jedoch ungewiss. Während viele Republikaner den vergleichsweise zurückhaltenden Regulierungsansatz der Regierung unterstützen, stoßen insbesondere Vorschläge zur Einschränkung einzelstaatlicher Gesetzgebung auf Vorbehalte.(jm)

Energie

US-Blockade der Straße von Hormuz verstetigt und erweitert Preisschock
Die Entscheidung der US-Regierung im Krieg mit dem Iran die US-Marine die Straße von Hormuz blockieren zu lassen signalisiert kein baldiges Ende des Konfliktes. Anhaltend hohe Ölpreise setzen zunehmend auch die US- und EU-Wirtschaft unter Druck. Die Blockade durch die US-Marine erhöht nun die Sorge um Knappheiten anderer Güter wie Helium sowie Düngemittel und Vorprodukte, die sich schlussendlich auf die Lebensmittelpreise auswirken werden.

Das US-Verteidigungsministerium DOD gab zwar bekannt mit der Minenräumung begonnen zu haben, doch die Ziele der US-Regierung bleiben unklar. Das US-Finanzministerium verlängerte nicht die bestehenden Sanktionsausnahmen für russisches

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

und iranisches Öl auf See. US-Energieminister Chris Wright räumte während der *Semafor World Economy* Konferenz öffentlich ein, dass die Energiepreise in den USA sich nicht bis zum Sommer normalisieren ließen. Der Zeitraum der Erholung verlängere sich mit zunehmender Dauer des Konflikts. EU-Kommissar Valdis Dombrovskis sprach auf derselben Veranstaltung in Washington, DC, von möglicher Stagflation im Euroraum mit 0,2 bis 0,6 Prozent weniger Wirtschaftswachstum.

EPA treibt Deregulierungsagenda voran
Ein neuer Regelentwurf der US-Umweltschutzbehörde EPA würde die unter der Biden-Regierung festgelegten Auflagen für Verbrennungsrückstände von Kohlekraftwerken lockern. Die Regelung würde die Grundwasserüberwachung und die Aufsicht über Kohleaschedeponien reduzieren und die Vorschriften zur Verwendung von Kohleasche bei der Zementherstellung lockern. Die EPA begründete die Lockerung der Vorschriften mit der Notwendigkeit von mehr Transparenz und der verbesserten Rückgewinnung von Ressourcen. Im Jahr 2024 weitete die EPA die Vorschriften für Kohleasche auf Deponien aus, nachdem 2015 erstmals Vorschriften für Kohleasche erlassen worden waren. Der Verordnungsentwurf würde die 195 Kohleverbrennungsrückstands-Managementeinheiten (CCRMUs) ausnehmen, die die Biden-Regierung zusätzlich regulieren wollte. Öffentliche Stellungnahmen zum Vorschlag können bis zu 60 Tage nach Veröffentlichung eingereicht werden.

Die EPA nahm ebenfalls eine Reihe technischer Überarbeitungen der Methanvorschriften vor. Die Lockerungen revidieren zwei technische Aspekte aus der Biden-Regierung: (1) Öl- und Gasunternehmen dürfen demnach länger Begleitgas während der Wartung von Ölquellen abfackeln und (2) die Anforderung, den Nettoheizwert von Begleit- und Abgasen zu überwachen wird gelockert. Die Anpassungen wurden vorgenommen, während eine umfassendere Grundsatzprüfung der Methanvorschrift für die Öl- und Gasförderung läuft.

US-Energieversorger planen Rekordinvestitionen
Laut einem Bericht der Non-Profit-Organisation PowerLines planen die privaten Energieversorger der USA neue Investitionen von mindestens 1,4 Billionen US-Dollar bis 2030. Diese Zahl ist 21 Prozent höher als noch 2025 (1,1 Billionen) geschätzt. Die Pläne der Versorger, in Kraftwerke, Übertragungs- und Verteilernetze zu investieren, sind getrieben durch (1) den steigenden US-Strombedarf durch KI und Rechenzentren, (2) die notwendige Verbesserung der Systemresilienz gegenüber Extremwetterbedingungen und (3) rapide alternde Energieinfrastruktur. Rund die Hälfte der Investitionen entfallen dabei auf die US-Südstaaten. (pm)

ICYMI

Stellenausschreibung bei RGIT!
RGIT in Washington, DC, sucht eine/n Policy Manager/in (m/w/d, Vollzeit, hybrid) für die Analyse von US-Technologiepolitik, Exportkontrollen und wirtschaftlicher Sicherheit sowie für die Erstellung von Briefings und den Austausch mit politischen Entscheidungsträgern in Washington.

Vorausgesetzt werden mindestens zwei Jahre Erfahrung im Policy-Umfeld, ein relevanter Hochschulabschluss, fundierte Kenntnisse des US-Politiksystems sowie sehr gute Analyse- und Kommunikationsfähigkeiten.

Eine umfassende Stellenbeschreibung finden Sie hier.

Bitte schicken Sie Ihre Bewerbung (inkl. Arbeitsprobe) an careers@rgit-usa.com.

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:
Tel: (001) 202-378-8288
http://www.rgit-usa.com
publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the German Chamber of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.rgit-usa.com/germanbusinessusa

Follow us on LinkedIn!

Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1909 K Street NW Suite 750 | Washington , DC 20006 US

Aus Mailingliste austragen | Constant Contact Datenhinweis

Constant Contact

Try email marketing for free today!

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

REPRESENTATIVE of German Industry + Trade

Washington News

Handel | Digital | Energie

Juni 2026

Im Fokus

USA und Iran vereinbaren Rahmen für umfassenderes Abkommen
Die Vereinigten Staaten und der Iran haben eine 14-Punkte-Vereinbarung *(Memorandum of Understanding*, MOU) unterzeichnet, mit der der bestehende Waffenstillstand verlängert und ein Rahmen für Verhandlungen über ein endgültiges Abkommen geschaffen werden soll.

Das Abkommen sieht eine sofortige und dauerhafte Einstellung der Militäroperationen an allen Fronten, einschließlich des Libanon, vor und verpflichtet beide Seiten, künftige militärische Aktionen zu vermeiden und sich jeglicher Einmischung in innere Angelegenheiten zu enthalten. Laut Vereinbarung sind 60 Tage für die Aushandlung eines endgültigen Abkommens vorgesehen. Der Iran verpflichtet sich, die Straße von Hormus innerhalb eines Monats zu öffnen und 60 Tage gebührenfrei für den Schiffsverkehr zugänglich zu machen.

Die USA versichern im Gegenzug schrittweise Sanktionsabbau, auch für iranische Ölprodukte und eingefrorene Vermögenswerte. Der Rahmen umfasst zudem einen möglichen Plan für Wiederaufbau und wirtschaftliche Entwicklung im Iran in Höhe von 300 Milliarden US-Dollar, wobei die USA nicht verpflichtet sind, diesen direkt zu finanzieren. Der Iran soll sich verpflichten keine Atomwaffen zu entwickeln. Das Abkommen sieht hierzu Überwachungsmechanismen vor und legt fest, dass jedes endgültige Abkommen durch eine verbindliche Resolution des UN-Sicherheitsrats bestätigt werden muss. Der Text des MOU war zu Redaktionsschluss nur in Medienberichten einsehbar.

Kongress Resolution gegen Iran-Krieg scheitert in letzter Abstimmung
Das US-Repräsentantenhaus verabschiedete im Juni eine *War Powers Resolution*, die darauf abzielt, die US-Militäroperationen gegen den Iran zu beenden, sofern der Kongress keine ausdrückliche Genehmigung erteilt. Ein Versuch des Senats, sich dem US-Repräsentantenhaus anzuschließen, scheiterte schlussendlich nach Intervention von Präsident Trump, der Druck auf republikanische Senatoren ausübte, woraufhin Senator Bill Cassidy (R-LA) seine Zustimmung entzog und Senator Rand Paul (R-KY) sich enthielt.

Die Resolution hätte die US-Administration angewiesen, die am Iran-Konflikt beteiligten Streitkräfte abzuziehen. Die MMaßnahme, eine sogenannte Concurrent Resolution (gemeinsame Resolution), hätte weder der Unterschrift des Präsidenten bedurfte noch wäre sie Gegenstand eines präsidentiellen Vetos. Solche Resolutionen des War Powers Act besitzen jedoch aufgrund eines einschränkenden Urteils des Verfassungsgerichtes

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

von 1983 in der Regel keine Rechtskraft und hätte daher in erster Linie als politische Stellungnahme des Kongresses gegolten.

Laut Medienberichten erklärte ein Vertreter des Weißen Hauses, es gäbe ohnehin keine Feindseligkeiten, aus denen Truppen abgezogen werden müssten, da alle Kampfhandlungen mit dem Waffenstillstand vom 7. April beendet worden seien. (pm)

Handel

Section-301-Untersuchung zu deutschen Arzneimittelpreisregelungen

Das Büro des U.S. Trade Representative (USTR) hat eine Section-301-Untersuchung zu deutschen Arzneimittelpreisregelungen eingeleitet. Laut einer Ankündigung im *Federal Register* enthält ein vom deutschen Bundesgesundheitsministerium Anfang des Jahres vorgelegter Gesetzentwurf aus Sicht der US-Regierung unfaire Preisregelungen für innovative Arzneimittel.

Der Gesetzentwurf sieht für das erste Halbjahr 2027 zunächst einen Herstellerabschlag von 3,5 Prozent auf patentgeschützte Arzneimittel vor. Anschließend soll dieser durch einen variablen Abschlag ersetzt werden, der sich aus der Differenz zwischen den tatsächlichen und den angestrebten Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen für Arzneimittel errechnet. USTR geht davon aus, dass dieser Abschlag bis 2030 auf rund 20 Prozent ansteigen könnte.

Nach Auffassung der US-Regierung würden dadurch die USA einen unverhältnismäßig hohen Anteil der globalen Forschungs- und Entwicklungskosten für innovative Arzneimittel tragen. Die höheren US-Preise würden die Forschung finanzieren, während die deutschen Preisregelungen die Innovationsanreize für Pharmaunternehmen verringerten. In einer Pressemitteilung des USTR wird der Gesetzentwurf dem US-UK Handelsabkommen gegenübergestellt, in dem sich das Vereinigte Königreich verpflichtet, seine Ausgaben für neuartige Therapien um 25 Prozent zu erhöhen, während die Regierung die Obergrenze für Rabatte auf Markenmedikamente senkt.

Donald Trump unterzeichnet Executive Order zur Stärkung der Zollkontrolle

Präsident Trump hat eine umfassende Verschärfung der US-Zollkontrollen angeordnet. Im Mittelpunkt stehen eine stärkere Haftung von Importeuren, erweiterte Offenlegungspflichten, Einschränkungen für ausländische *Importer of Record* (IOR) sowie zusätzliche Befugnisse für die *U.S. Customs and Border Protection* (CBP) bei Durchsetzung und Sanktionierung. Künftig sollen Importeure detailliertere Angaben zu Eigentumsverhältnissen, Vermögenswerten und Lieferketten machen müssen; zudem soll ein neuer „Good Standing"-Status für Importeure eingeführt werden. Gleichzeitig sollen Verstöße wie Zollumgehung, Umladungen zur Verschleierung des Ursprungs, Zwangsarbeit, Unterbewertung und falsche Tarifierung konsequenter verfolgt und mit höheren Strafen belegt werden. Die Executive Order tritt jedoch nicht unmittelbar in Kraft. Stattdessen werden das US-Heimatschutzministerium (DHS) und CBP angewiesen, innerhalb der nächsten 45 Tage bis zu einem Jahr entsprechende Regelsetzungs- und Umsetzungsverfahren einschließlich öffentlicher Konsultationen einzuleiten, bevor viele der Maßnahmen wirksam werden können.

Section-232-Zölle auf Stahl, Aluminium und Kupfer angepasst

Mit einer *Presidential Proclamation* werden die jüngsten Änderungen der Section-232-Zölle auf Stahl, Aluminium und Kupfer für den Zeitraum vom 8. Juni 2026 bis zum 31. Dezember 2027 weiter angepasst. Die Regelung senkt den Zollsatz von 25 auf 15 Prozent für bestimmte landwirtschaftliche Maschinen sowie bestimmte Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlagen für den private Gebrauch (Anhang III) und passt zudem die Zölle auf bestimmte mobile Industrieanlagen und Maschinen (Anhang I-C) an, die als wichtig für die wirtschaftliche Aktivität in den USA angesehen werden.

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Für Waren des Anhangs I-C aus Argentinien, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Japan, Südkorea, Liechtenstein, der Schweiz, Taiwan, dem Vereinigten Königreich oder der Europäischen Union gilt künftig ein Gesamtzollsatz von mindestens 15 Prozent: Liegt der Meistbegünstigungszollsatz (MFN) unter 15 Prozent, wird ein zusätzlicher Section-232-Zoll erhoben, bis insgesamt 15 Prozent erreicht werden; liegt der MFN-Zollsatz bereits bei 15 Prozent oder höher, fällt kein zusätzlicher Section-232-Zoll an. Für USMCA-konforme Produkte aus Kanada und Mexiko wird der 25-prozentige Zoll nur auf den nicht-US-amerikanischen Wertschöpfungsanteil erhoben, wobei die effektive Gesamtzollbelastung nicht unter 15 Prozent liegen darf.

Für importierte Industrieerzeugnisse, die vollständig aus US-amerikanischem Stahl oder Aluminium hergestellt wurden, gilt ein Zollsatz von 10 Prozent. Zudem wird die Schwelle für als US-Ursprung anerkannten Stahl (*melted and poured*) sowie Aluminium und Kupfer (*smelted and cast)* von 95 auf 85 Prozent gesenkt.

Section-301-Untersuchung zu Zwangsarbeit
Nach Abschluss ihrer Section-301-Untersuchung zu Maßnahmen von Handelspartnern gegen den Import unter Zwangsarbeit hergestellten Produkten, kam das Büro des U.S. Trade Representative (USTR) zu dem Ergebnis, dass 54 Volkswirtschaften kein entsprechendes Importverbot eingeführt oder durchgesetzt haben und sechs Volkswirtschaften – darunter die Europäische Union – bestehende Verbote nicht wirksam durchsetzen. Als Gegenmaßnahme empfiehlt USTR auf Importe aus Ländern, die ein Verbot von Zwangsarbeitsprodukten eingeführt, entsprechende Verpflichtungen in Handelsabkommen mit den USA aufgenommen oder andere Maßnahmen gegen solche Importe ergriffen haben, einen Zollsatz von 10 Prozent zu erheben. Für alle übrigen betroffenen Volkswirtschaften soll ein Zollsatz von 12,5 Prozent gelten. Ausgenommen von den Zöllen wären unter anderem bereits mit Section-232-Zöllen belegte Produkte, kritische Rohstoffe und weitere in Anhang A aufgeführte Waren. Stellungnahmen zu den vorgeschlagenen Maßnahmen können bis zum 6. Juli eingereicht werden.

US-Regierung legt Berufung gegen CIT-Entscheidung zu Zollerstattungen ein
Das US-Justizministerium (DOJ) hat Berufung eingelegt gegen eine *Court of International Trade* (CIT) Entscheidung, nach welcher sämtliche auf Grundlage des IEEPA erhobenen Zölle erstattet werden müssten. Die Regierung bestreitet die Befugnis des Gerichts, pauschale Rückerstattungen an alle Importeure anzuordnen, und argumentiert, dass bereits endgültig abgewickelte Zollzahlungen nur klagenden Importeuren erstattet werden sollten. Im Mittelpunkt des Rechtsstreits stehen potenziell milliardenschwere Rückerstattungen, insbesondere für kleinere Importeure, die sich nicht an dem Verfahren beteiligt haben, deren Einfuhren jedoch bereits endgültig veranlagt wurden. (sh)

Digital

Exportkontrollen für Anthropic KI-Modelle
Die Trump-Regierung hat die KI-Firma Anthropic angewiesen, den Zugang zu seinen neuesten KI-Modellen Fable 5 und Mythos 5 für ausländische Staatsangehörige auszusetzen. Nach Angaben des Unternehmens erfolgte die exportkontrollrechtliche Anordnung ohne Vorankündigung und ohne nähere Begründung der zugrunde liegenden Sicherheitsbedenken.

Da Anthropic-Nutzer nicht zuverlässig nach ihrer Staatsangehörigkeit unterscheiden könne, wurden die Modelle vorübergehend weltweit deaktiviert. Andere KI-Modelle sind von der Maßnahme nicht betroffen. Anthropic kritisierte die mangelnde Transparenz sowie das Fehlen klarer technischer Standards und erklärte, keine Hinweise auf Sicherheitsrisiken zu sehen, die derart weitreichende Beschränkungen rechtfertigen würden.

Obwohl die Regierung die Maßnahme als Exportkontrolle bezeichnet, erfolgte die Anordnung offenbar per Anschreiben. Bislang wurden weder eine Bekanntmachung im

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Federal Register) noch entsprechende Vorschriften des *Bureau of Industry and Security* (BIS) veröffentlicht. Eine parteiübergreifende Gruppe von Abgeordneten hat in einem Brief an Wirtschaftsminister Howard Lutnick weitere Informationen zu der Entscheidung über Exportkontrollen für Anthropic angefordert und zugleich gefragt, ob auch weitere KI-Modelle von ähnlichen Beschränkungen betroffen sein könnten.

Neue Executive Order zu KI und Cybersicherheit
Präsident Trump hat eine überarbeitete Regelung zu KI, Cybersicherheit und Innovation veröffentlicht. Sie sieht vor, dass Unternehmen fortschrittliche KI-Modelle der US-Regierung freiwillig bis zu 30 Tage vor ihrer Veröffentlichung zur Prüfung vorlegen können. Ziel ist es, die Cybersicherheitsfähigkeiten der US-Bundesregierung angesichts der rasanten Entwicklung von KI zu stärken. Zudem werden das US-Verteidigungsministerium und die Cybersecurity and Infrastructure Security Agency (CISA) angewiesen, verbindliche Vorgaben zum Schutz ziviler Informationssysteme des Bundes zu erlassen sowie bestehende Programme und Dienstleistungen im Bereich Cybersicherheit auszubauen. Im Vergleich zu einem früheren Entwurf verfolgt die Verordnung einen wirtschaftsfreundlicheren Ansatz und verzichtet auf verpflichtende Prüfungen bis zu 90 Tage vor der Veröffentlichung neuer Modelle.

USA und Schweden vertiefen Technologiepartnerschaft
Die USA und Schweden haben ein *Memorandum of Understanding* zur Vertiefung ihrer Zusammenarbeit in strategischen Technologiebereichen unterzeichnet. Die Vereinbarung umfasst unter anderem künstliche Intelligenz, Quantentechnologien, fortschrittliche Fertigung, kritische Rohstoffe sowie die Zusammenarbeit bei Energieinfrastruktur und Kernenergie. Zugleich stärkt das Abkommen Schwedens Beteiligung an der „Pax Silica"-Initiative der Trump-Regierung, der neben den USA inzwischen 13 weitere Staaten angehören. Ziel der Initiative ist der Aufbau engerer Technologie- und Lieferkettenpartnerschaften zwischen verbündeten Staaten. (sh)

Energie

US-Strommärkte aufgefordert KI-bedingte Netzkosten nicht umzulegen
Die für die Regulierung des Energiesektors verantwortliche *Federal Energy Regulatory Commission* (FERC) prüft, ob regionale Strommärkte sicherstellen, dass Netzanschlusskosten großer Stromverbraucher wie KI-Rechenzentren nicht auf Kunden umgelegt werden. Die Kommission erließ sechs Show-Cause-Anordnungen: Regionale Übertragungsnetzbetreiber und unabhängige Netzbetreiber werden zum Nachweis aufgefordert, dass ihre Regeln für den Anschluss von Großverbrauchern „gerecht und angemessen" sind. Bei Missachtung droht eine Intervention auf Bundesebene. Konkret fordert FERC, dass durch Vereinbarungen mit Rechenzentren keine hohen Kosten für Netzausbau und -übertragung an Stromkunden weitergegeben werden. So sollen Endkunden geschützt werden und gleichzeitig der schnelle Anschluss neuer Rechenzentren ermöglicht werden.

Betroffen sind die Netzbetreiber PJM Interconnection, Southwest Power Pool, Midcontinent Independent System Operator, California ISO, ISO New England und New York ISO. Ausgenommen ist hingegen das texanische Stromnetz, das außerhalb der Bundesgerichtsbarkeit betrieben wird. Die Maßnahme erfolgt zeitgleich zu ersten Überlegungen im US-Repräsentantenhaus zum Schutz von Stromkunden. Nvidia lobte die FERC-Anordnung und erklärte, sie könne dazu beitragen, die Integration großer Energieverbraucher zu beschleunigen.

Erneut Kündigung von Offshore-Windpark-Pachtvertrag
Das US-Innenministerium verkündete seine jüngste Vergleichsvereinbarung, diese mit Offshore-Wind-Pächter Invenergy, welche eine Umwidmung von 765 Millionen US-Dollar

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

vorsieht. Laut Vereinbarung würde das Unternehmen seine vier Offshore-Windpark-Pachtverträge in den USA kündigen und die Mittel stattdessen in den Bau von Erdgas-Kraftwerken in Indiana, Wisconsin, Iowa, Kansas und Missouri fließen lassen. Auch geothermische Projekte wurden als Investitionsoptionen aufgeführt. Die Vereinbarung folgt auf ähnliche Vereinbarungen mit Total Energies und Global Infrastructure Partners.

US-Regierung sammelte Daten zu CO2-Intensität von US-Gütern
Das *National Energy Technology Laboratory* (NETL) des US-Energieministeriums (DOE) bat US-Produzenten und -Exporteure, Verbände und andere Organisationen, Daten und Informationen zur CO_2-Intensität von US-Waren bereitzustellen. Der Schwerpunkt lag auf Waren, die dem EU-CBAM unterliegen: Eisen und Stahl, Aluminium, Zement, Wasserstoff und Düngemittel. Das Ministerium fragte gezielt nach anlagenspezifischen CO_2-Emissionsdaten, sektoralen Daten und Informationen, Methoden zur Messung und Berechnung von CO_2-Emissionen, Überlegungen zum Strommix sowie zum Brennstoffverbrauch von Prozessen.

Die Informationsabfrage nahm auch direkt Bezug auf potenzielle Lücken, Schwachstellen und Voreingenommenheiten des EU-CBAM. Die Informationsabfrage ist der erste Schritt zur Umsetzung einer Studie über CO_2-Emissionen in US-Handelsgütern, die durch den PROVE IT Act vorgeschrieben wurde, der im Januar stillschweigend in den Anhang eines Mittelzuweisungsgesetzes aufgenommen wurde. (pm)

ICYMI

Neue ausländische US-Direktinvestitionen veröffentlicht
Das *Bureau of Economic Analysis* (BEA) hat diesen Monat die neuen ausländischen Direktinvestitionen in die USA für 2025 veröffentlicht. Mit USD 26,7 Mrd. liegen deutsche Neuinvestionen auf Rang 2 hinter Japan (USD 50,5 Mrd.). Danach folgen Kanada mit USD 23,5 Mrd. und das UK mit USD 23,3 Mrd.

Neue ausländische Direktinvestitionen gingen vor allem nach Kalifornien, gefolgt von den US-Bundesstaaten Texas und Pennsylvania. Mehr Details und eine Komplettübersicht aller neuen ausländischen Direktinvestitionen finden Sie hier.

Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:
Tel: (001) 202-378-8288
http://www.rgit-usa.com
publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the German Chamber of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

For German trade and investment visit www.rgit-usa.com/germanbusinessusa

Follow us on LinkedIn!

Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1909 K Street NW Suite 750 | Washington , DC 20006 US

Aus Mailingliste austragen | Constant Contact Datenhinweis

Constant Contact

Try email marketing for free today!

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

REPRESENTATIVE of German Industry + Trade

Washington News

Handel | Digital | Energie

März 2026

Im Fokus

Rückerstattung von IEEPA-Zöllen verzögert sich
Nach der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs wurde die Rückerstattungsfrage zunächst an das Gericht für Internationalen Handel CIT zurückgewiesen. Nun ordnete Richter Richard Eaton des CIT die US-Zoll- und Grenzschutzbehörde an, die nach dem *International Emergency Economic Powers Act* erhobenen Zölle aus noch nicht endgültig abgefertigten Einfuhren zu entfernen und entsprechende Anmeldungen ohne diese Zölle neu abzurechnen. Ziel ist es, das Rückerstattungsverfahren zu vereinfachen und zusätzliche rechtliche Schritte für Importeure zu vermeiden.

Gleichzeitig setzte Richter Eaton eine sofortige Auszahlung der Rückerstattungen vorübergehend aus, um der US-Zoll- und Grenzschutzbehörde Zeit zu geben, ein automatisiertes System im Zollabfertigungsprogramm ACE einzurichten. Die CBP teilte dem CIT in einem Schreiben vom 6. März mit, dass sie derzeit nicht in der Lage sei, die gerichtlich angeordneten Rückerstattungen von IEEPA-Zöllen zu bearbeiten. Allerdings könne das *Automated Commercial Environment* (ACE) innerhalb der kommenden 45 Tage entsprechend programmiert werden. Anstatt 53 Millionen einzelne Anträge manuell zu bearbeiten, plant die CBP, die Rückerstattungen auf Importeur-Basis zu konsolidieren.

Die CBP geht davon aus, dass diese neue Funktion nur minimale Eingaben seitens der Importeure erfordert und folgende Schritte umfasst: (1) Die Importeure reichen über das Online-Portal der CBP (ACE) eine Erklärung ein, in der die betroffenen Einfuhren aufgeführt sind. (2) Das System überprüft automatisch die Höhe der geschuldeten Zölle, berechnet diese neu und bearbeitet die Rückerstattungen (zuzüglich Zinsen). (3) Das System fasst die Rückerstattungen (zuzüglich Zinsen) nach Importeur zusammen. (4) Die CBP bestätigt die Rückerstattungen und das Finanzministerium zahlt die Rückerstattungen elektronisch aus.

Wichtig für Importeure: Rückerstattungen elektronisch erhalten
Aufgrund einer Änderung der CBP-Vorschriften zahlt die CBP seit dem 6. Februar Rückerstattungen ausschließlich elektronisch aus (vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen). Die CBP wies darauf hin, dass auch nach der Einführung der ACE-Funktionalität Importeure möglicherweise keine IEEPA-Zollrückerstattungen erhalten, wenn sie den Einrichtungsprozess für den elektronischen Erhalt von Rückerstattungen nicht abgeschlossen haben. Nach Angaben der CBP haben von den 330.566 Importeuren, die IEEPA-Zölle oder Zollbürgschaften gezahlt haben, bisher nur 21.423 Unternehmen (hauptsächlich Importeure oder deren Zollagenten) diesen Prozess abgeschlossen.

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Neue globale Zölle gemäß Section 122
Das Weiße Haus ersetzte die IEEPA-Zölle durch einen neuen, auf 150 Tage befristeten weltweiten Zollsatz von 10 Prozent auf Basis von Section 122. Um die US-Wirtschaft zu schützen, sind bestimmte Waren von den neuen Einfuhrzöllen befreit, darunter kritische Mineralien, Energieprodukte, Arzneimittel, ausgewählte landwirtschaftliche Erzeugnisse, bestimmte Elektronikprodukte, Fahrzeuge und Fahrzeugteile, Luft- und Raumfahrtprodukte sowie Informationsmaterialien.

Die Ausnahmeregelung gilt auch für Waren, die bereits unter Section-232-Zölle fallen, für USMCA-konforme Produkte aus Kanada und Mexiko sowie bestimmte Importe im Rahmen des Freihandelsabkommen zwischen der Dominikanischen Republik, Zentralamerika und den Vereinigten Staaten (CAFTA-DR). Der zusätzliche Zoll gilt nicht für Importe, die in Absatz 2 von Anhang I und in Anhang 2 aufgeführt sind. Die neue Verordnung trat zeitgleich mit dem Auslaufen der alten Zölle am 24. Februar in Kraft. (sh)

Handel

Section 301 Untersuchung zu Überkapazitäten im verarbeitenden Gewerbe
Die Untersuchungen gemäß Section 301 zu unfairen Handelspraktiken im Zusammenhang mit Überkapazitäten und Produktion im verarbeitenden Gewerbe betreffen China, die Europäische Union, Singapur, die Schweiz, Norwegen, Indonesien, Malaysia, Kambodscha, Thailand, Korea, Vietnam, Taiwan, Bangladesch, Mexiko, Japan und Indien.

Zu den vom USTR identifizierten Ursachen, die potenziell zu Überkapazitäten beitragen, gehören Produktions- und Exportsubventionen, Lohndämpfung, Marktzugangsbarrieren, unzureichende Arbeits- und Umweltstandards sowie Finanz- und Währungspraktiken. Anzeichen für Überkapazitäten bei Handelspartnern können sich in Form eines Leistungsbilanzüberschusses, eines bilateralen Handelsüberschusses mit den USA oder in Form von ungenutzten Kapazitäten oder Überproduktion zeigen. Das Büro des US-Handelsbeauftragten nennt Deutschland als Beispiel für ein Land mit einem Warenhandelsüberschuss (102 Milliarden US-Dollar im Jahr 2024) gegenüber den USA, dessen Produktionsniveau über der inländischen Absorptionskapazität liegt.

Die Bekanntmachung im Federal Register legt einen Zeitplan für die Untersuchungen fest, einschließlich einer öffentlichen Konsultationsphase vom 17. März bis zum 15. April und Anhörungen vom 5. bis 8. Mai. Zu den möglichen Gegenmaßnahmen könnten Zölle, Abgaben oder andere Maßnahmen gehören. Während US-Handelsbeauftragter Jamieson Greer betonte, dass das Ergebnis der Untersuchungen nicht vorbestimmt sei, erklärte Präsident Trump, seine Regierung könne das IEEPA-Zollregime unter Rückgriff auf Befugnisse wie Section 301 wieder einführen.

Section 301 Untersuchungen zu Zwangsarbeit gegen 60 Handelspartner
In einer Bekanntmachung im Federal Register räumt der US-Handelsbeauftragte Jamieson Greer ein, dass Handelspartner wie die Europäische Union Maßnahmen ergriffen haben, um die Einfuhr oder den Verkauf von Produkten zu unterbinden, die unter Einsatz von Zwangsarbeit hergestellt wurden. Jedoch hat keines der 60 Länder bzw. Handelsblöcke ein Einfuhrverbot für Produkte aus Zwangsarbeit verabschiedet und wirksam durchgesetzt. Ohne ein solches Einfuhrverbot können Unternehmen weiterhin importierte Produkte, die unter Einsatz von Zwangsarbeit hergestellt wurden, beziehen, verwenden und davon profitieren, selbst wenn die innerstaatlichen Gesetze deren Verwendung verbieten.

Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (einer Organisation der Vereinten Nationen) erzielten Unternehmen im Jahr 2024 insbesondere im Industrie- und Agrarsektor illegale Gewinne in Höhe von fast 64 Milliarden US-Dollar, indem sie

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Zwangsarbeit einsetzten, um die Preise künstlich zu senken. Diese Ausbeutung belastet globale Lieferketten durch Dutzende von nachgelagerten Produkten und kann sich negativ auf den US-Handel auswirken, da sie die Preiswettbewerbsfähigkeit von US-Exporten beeinträchtigen könnte. Öffentliche Stellungnahmen können bis zum 15. April 2026 eingereicht werden.

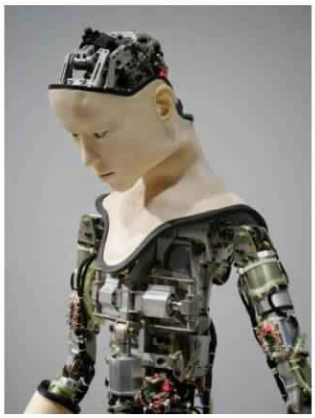
USTR veröffentlicht Handelspolitische Agenda 2026 und Jahresbericht 2025
Das Büro des US-Handelsbeauftragten kündigte an, die „America First"-Handelspolitik fortzusetzen, und legte sechs Prioritäten fest: (1) Fortsetzung der Verhandlungen über neue Abkommen zum gegenseitigen Handel (*Agreements in Reciprocal Trade* (ART) (2) Durchsetzung bestehender Abkommen und US-Handelsgesetze (3) Sicherung der Lieferketten für kritische Mineralien (4) Durchführung der vorgeschriebenen Überprüfung des Abkommens zwischen den USA, Mexiko und Kanada (USMCA) (5) Den Handel mit China im Hinblick auf Reziprozität und Ausgewogenheit gestalten (6) Förderung der US-Interessen in der WTO.

Der Bericht geht nicht direkt auf die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs ein, mit der die IEEPA-Zölle für ungültig erklärt wurden, erklärte jedoch, dass das ART-Programm unter Einsatz anderer rechtlicher Instrumente fortgesetzt wird. Unterzeichneten ARTs mit Argentinien, Bangladesch, Kambodscha, El Salvador, Guatemala, Indonesien, Malaysia und Taiwan sowie Rahmenabkommen mit Partnern wie der Europäischen Union, Indien, Japan, Südkorea und Vietnam wurden hervorgehoben und das USTR betonte, dass man weiterhin mit den Partnern zusammenarbeiten werde, um diese Abkommen umzusetzen.

Zusätzlich zu den bereits angekündigten Section 301 Untersuchungen sind weitere Überprüfungen zu Themen wie Arzneimittelpreisen, Agrarpolitik und Praktiken im digitalen Handel zu erwarten. Das USTR wird zudem die laufenden Untersuchungen gemäß Section 301 gegen China fortsetzen. Darunter fallen die Einhaltung des Phase-1-Abkommens sowie Praktiken im Schiffbau, bei Halbleitern und bei erzwungenen Technologietransfers.

Die Agenda des US-Handelsbeauftragten im Vorfeld der 14. Ministerkonferenz der WTO konzentriert sich auf zwei zentrale Initiativen: einen Vorschlag zum dauerhaften Verbot von Zöllen auf elektronische Übertragungen und eine formelle Mitteilung, in der eine grundlegende Überarbeitung des Meistbegünstigungsprinzips dargelegt wird. (sh)

Digital



Pentagon stuft Anthropic als Lieferketten-Risiko ein
Nach einem Konflikt zwischen dem US-Verteidigungsministerium (DOD) und dem KI-Unternehmen Anthropic hat das Pentagon den Entwickler als Risiko für die nationale Sicherheit eingestuft. In der Folge wurde sowohl den Behörden selbst als auch deren Zulieferern die Nutzung der Anthropic-Software untersagt, ein bislang beispielloser Schritt gegenüber einem US-Unternehmen.

Im Zentrum der Auseinandersetzung stehen die Nutzungsbedingungen von Anthropic: Diese untersagen unter anderem den Einsatz ihrer KI-Modelle für vollautonome Waffensysteme sowie für eine flächendeckende Überwachung der US-Bevölkerung. Verteidigungsminister Pete Hegseth kritisierte diese Einschränkungen scharf und forderte das Unternehmen auf, die Nutzung seiner Software für „alle rechtmäßigen Zwecke" freizugeben. Die Position von Anthropic bezeichnete er als „arrogant" und „inakzeptabel". Präsident Trump ordnete an, dass alle US-Bundesbehörden die Verwendung von Anthropic-Produkten umgehend einstellen.

Parallel dazu unterzeichnete der Wettbewerber OpenAI eine aktualisierte Vereinbarung mit dem DOD. Diese enthält offenbar die geforderte Klausel zur Nutzung „für alle

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

rechtmäßigen Zwecke". Gleichzeitig betonte OpenAI, weiterhin vergleichbare Sicherheitsvorkehrungen wie Anthropic beizubehalten.

Anthropic hat inzwischen eine einstweilige Verfügung vor einem US-Bundesgericht beantragt, um während des laufenden Verfahrens weiterhin an die US-Regierung liefern zu können. Unterstützung erhält das Unternehmen auch aus der Branche: Mitarbeitende konkurrierender KI-Firmen sowie eine Koalition führender Technologieverbände, darunter TechNet, die Business Software Alliance und die Software & Information Industry Association, fordern die US-Regierung auf, die Entscheidung zu überdenken.

In der Branche wächst die Sorge, dass der Schritt der KI-Entwicklung in den USA sowie der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Privatwirtschaft langfristig schaden könnte.

Neue Cybersicherheitsstrategie spiegelt Regierungshaltung wider
Die US-Regierung hat ihre neue nationale Cybersicherheitsstrategie vorgestellt. Darin beschrieben stehen mehrere „Handlungssäulen", die unter anderem eine Vereinfachung von Meldepflichten, den Ausschluss sogenannter „feindlicher Anbieter" aus kritischen US-Netzwerken sowie den gezielten Ausbau von Fachkräften im Cybersicherheitsbereich vorsehen.

Auffällig ist der deutlich reduzierte Umfang: Mit nur vier Seiten fällt das Dokument wesentlich kürzer aus als die 66-seitige Version der Biden-Administration. Inhaltlich und sprachlich fügt sich die Strategie in andere Veröffentlichungen der aktuellen Regierung ein. Sie betont eine deutlich härtere Gangart gegenüber ausländischen Widersachern und legt zugleich einen stärkeren Fokus auf den Ausbau heimischer Kompetenzen.

Tech-Unternehmen tragen künftig Stromkosten für US-Rechenzentren
Mehrere große KI-Entwickler und Infrastrukturanbieter haben sich mit dem sogenannten *Ratepayer Protection Pledge* verpflichtet, die für ihre Rechenzentren entstandenen Stromkosten selbst zu tragen. Dafür würden diese Unternehmen entweder die für ihre Rechenzentren benötigten neuen Erzeugungskapazitäten aufbauen oder neue Tarifstrukturen mit den lokalen Energieversorgern aushandeln. Die Gefahr steigender Energiekosten führt in Gemeinden in den gesamten USA zu parteiübergreifendem Widerstand gegen den Bau neuer Rechenzentren. Diese freiwillige Vereinbarung zwischen dem Weißen Haus und großen KI-Unternehmen soll einige dieser Bedenken ausräumen. (jm)

Energie

USA erlassen 30-tägige Sanktionsausnahme für russisches Öl auf See

Das Büro für die Kontrolle ausländischer Vermögenswerte (OFAC) des US-Finanzministeriums erteilte eine allgemeine Genehmigung, die Transaktionen für die Lieferung von russischem Erdöl und Derivaten von bestehenden Sanktionen ausnimmt. Die Ausnahmegenehmigung gilt nur für Lieferungen, die vor Mitternacht (Ostküstenzeit) am 12. März auf Schiffe verladen wurden und läuft am 11. April aus. Das OFAC hatte bereits am 6. März für 30 Tage eine allgemeine Genehmigung für russisches Erdöl und Derivate auf See mit Zielland Indien erteilt. Die Lockerung der Sanktionen gegen russisches Öl erfolgte laut US-Administration als Reaktion auf die weltweiten Energiepreisschocks durch den anhaltenden Konflikt mit dem Iran. In einem Post auf X versuchte US-Finanzminister Scott Bessent den finanziellen Mehrwert für Russland herunterzuspielen. Präsident Trump signalisierte der Presse die US-Administration werde womöglich weitere Sanktionen aufheben, um Preisschocks abzufedern.

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

US-Administration verklagt Kalifornien aufgrund des „E-Auto Zwangs“
Das US-Justizministerium reichte Klage gegen die Kraftstoffeffizienzvorschriften Kaliforniens ein und argumentiert, dass der Bundesstaat durch sie de facto eine Elektrofahrzeug-Quote einführt. Die Vorschriften Kaliforniens gehen über die Bundesanforderungen hinaus. Das Ministerium erklärte, die Klage sei Teil der Bemühungen, die Klimapolitik der Einzelstaaten zu blockieren und die Fahrzeugvorschriften aus der Biden-Amtszeit zurückzunehmen.

Der *Clean Air Act* ermöglicht es Kalifornien seit über 50 Jahren strengere Abgasnormen für Fahrzeuge durchzusetzen als die US-Bundesregierung. Im vergangenen Jahr hat die Administration und die Republikaner im Kongress jedoch diese Ausnahmegenehmigung widerrufen, eine Entscheidung, die weiterhin vor Gericht angefochten wird. Kalifornische Behörden behaupten, sie seien befugt, die *Advanced Clean Cars*-Regelung von 2012 wieder in Kraft zu setzen, die zuvor von der US-Umweltschutzbehörde EPA genehmigt worden war. Die Trump-Regierung widersprach und erklärte, der Bundesstaat müsse die Genehmigung der Bundesregierung einholen, um die weniger strengen Standards wieder einzuführen.

Tokio-Gipfeltreffen mündet in vielen – teils vagen – Zusagen
Doug Burgum, US-Innenminister und Vorsitzender des *National Energy Dominance Council* (NEDC), führte eine US-Delegation unter dem Motto „Amerikanische Energiedominanz“ nach Tokio zum *Indo-Pacific Energy Security Ministerial and Business Forum*. Laut US-Innenministerium wurden dort Investitionszusagen, teils unverbindlich, in Höhe von 56 Milliarden US-Dollar gemacht.

Die über zwei Dutzend Vereinbarungen mit Unternehmen aus 17 Ländern widmen sich verschiedenen Energietechnologien, wie, unter anderem, Kohle, Erdgas, Kernenergie, kritischen Rohstoffen und der Batterieherstellung. Unter den Zusagen ist ein Deal über die Lieferung von Kesseln für das potenzielle erste neue Kohlekraftwerk in den USA seit 2013 in Alaska.

Venture Global verkündete die endgültige Investitionsentscheidung in Höhe von 8,6 Milliarden US-Dollar für sein CP2-LNG-Projekt in Louisiana sowie Kaufverträge mit dem südkoreanischen Unternehmen Hanwha Aerospace für den LNG-Kauf im Wert von 10 Milliarden US-Dollar. Überraschenderweise ohne Neuigkeiten verblieb Alaska LNG, ein Prioritätsprojekt der Trump-Administration. (pm)

ICYMI

GABO 2026: Deutsche US-Unternehmen bleiben vorsichtig optimistisch
Die Ergebnisse der aktuellen Umfrage zum *German American Business Outlook* (GABO) wurden Anfang März im Rahmen des *German American Executive Summit* in New

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Orleans vorgestellt. Dafür werden jedes Jahr deutsche Unternehmen in den USA nach ihren Marktperspektiven befragt und bieten spannende Impulse für die weitere Entwicklung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen.

Auch in diesem Jahr unterstreichen die Ergebnisse das anhaltende Vertrauen in den US-Markt sowie die Bedeutung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen. Nach einem herausfordernden Jahr 2025 blicken deutsche Unternehmen in den USA vorsichtig optimistisch auf das Jahr 2026.

Zentrale Erkenntnisse des German American Business Outlook 2026:
• 82 % erwarten in diesem Jahr ein Umsatzwachstum
• 86 % berichten von negativen Auswirkungen durch Zölle
• 67 % planen, ihre Investitionen in den USA zu erhöhen
• Die Einführung von Künstlicher Intelligenz nimmt weiter zu – 57 % der Unternehmen haben diese bereits implementiert

Alle Ergebnisse der GABO-Umfrage finden Sie hier. (srs)

Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:
Tel: (001) 202-378-8288
http://www.rgit-usa.com
publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the German Chamber of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.rgit-usa.com/germanbusinessusa

Follow us on LinkedIn!

Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1909 K Street NW Suite 750 | Washington , DC 20006 US

Aus Mailingliste austragen | Constant Contact Datenhinweis

Constant Contact

Try email marketing for free today!

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

REPRESENTATIVE of German Industry + Trade

Washington News

Handel | Digital | Energie

Mai 2026

Im Fokus

Kevin Warsh neuer Vorsitzender der Federal Reserve
Der US-Senat hat die Nominierung von Kevin Warsh für eine 14-jährige Amtszeit im Gouverneursrat der US-Notenbank Federal Reserve mit 51 zu 45 Stimmen bestätigt. Zusätzlich wurde er mit 54 zu 45 Stimmen als nächster Vorsitzender für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt, womit er Jerome Powell ablösen wird. Warsh ist ehemaliger Wall-Street-Banker und war bereits von 2006 bis 2011 Mitglied des Gouverneursrats.

Weg frei für republikanisches Reconciliation-Gesetz mit Schwerpunkt Grenzschutz
Beide Kammern des US-Kongresses einigten sich auf einen Finanzierungsrahmen, der die US-Grenzpolizei (USBP) und die Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 72 Milliarden US-Dollar ausstatten würde. Aufgrund der Filibuster-Regel im Senat, welche eine 60-Stimmen Hürde für die meisten Gesetze festschreibt, kann die republikanische Mehrheit in beiden Kammern eine solche Finanzierung nur vornehmen, indem sie auf das sogenannte Reconciliation-Verfahren zurückgreift. Diese Verfahrenserleichterung ist begrenzt auf Änderungen an Einnahmen und Ausgaben des US-Fiskus, sowie für Schuldengrenzen, und verlangt einen solchen Finanzierungsrahmen.

Die Einigung wurde vom Sprecher des US-Repräsentantenhauses, Mike Johnson, vorangetrieben, obwohl einige republikanische Abgeordnete gefordert hatten, ein mögliches Reconciliation-Gesetz zu einem umfassenderen Gesetz mit mehr Substanz auszubauen. Zuletzt wurde das Verfahren 2025 genutzt, um im *One Big Beautiful Bill Act* (OBBA/OBBB) die steuerpolitischen Prioritäten von Präsident Trump umzusetzen. Die Demokraten nutzten das Verfahren 2022 zur Umsetzung des *Inflation Reduction Act* (IRA). Ob das Verfahren nun doch noch genutzt werden soll, um weitere republikanische Prioritäten zu einem breiteren Paket zu schnüren, bleibt unklar. (pm)

Handel

IEEPA-Zollerstattungen
In einem Update vom 12. Mai an den *US-Court of International Trade* (CIT) erklärte die US-Zollbehörde (CBP), dass von den knapp 130.000 im *Consolidated Administration and Processing of Entries* (CAPE) System eingereichten Anmeldungen ungefähr 90.000 (ca.

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

68 Prozent) die Dateiprüfungen bestanden haben. Die bestätigten Anmeldungen umfassen 15 Millionen Einfuhren, bei denen die IEEPA Zölle aufgehoben wurden.

Zum Zeitpunkt der Erklärung hatte die CBP 8 Millionen (ca. 55 Prozent) dieser Einfuhren ohne IEEPA-Zölle abgewickelt oder neu abgewickelt. Die geschätzte Erstattung einschließlich Zinsen für diese Einfuhren beläuft sich auf 35,46 Milliarden US-Dollar. Die CBP geht davon aus letztlich rund 165 Milliarden US-Dollar an IEEPA-Zöllen erstatten zu müssen und wies darauf hin, dass Phase Eins des CAPE-Systems nur etwa 63 Prozent der von den Zöllen betroffenen Sendungen verarbeiten kann. Die Behörde erklärte außerdem, dass zum 11. Mai 1.880 Sammelerstattungen noch nicht an das Finanzministerium zur Auszahlung weitergeleitet worden waren, da die Importeure keine Bankdaten für elektronische Rückerstattungen bereitgestellt hatten.

Der Erstattungsprozess könnte sich weiterhin verzögern oder ändern, da das Justizministerium bis zum 6. Juni Zeit hat, gegen die Gerichtsentscheidung zur Auszahlung der Erstattungen Berufung einzulegen.

Section-122-Globalzölle vom CIT für rechtswidrig erklärt

Ein gespaltenes Drei-Richter-Gremium des *US-Court of International Trade* (CIT) entschied, dass Präsident Trump Section 122 des Trade Act von 1974 rechtswidrig genutzt habe, um einen vorübergehenden globalen Zollsatz von 10 Prozent einzuführen. Das Gericht setzte die Zölle nur für die Kläger des Verfahrens aus — den US-Bundesstaat Washington sowie die Unternehmen Burlap & Barrel und Basic Fun! —, die Entscheidung könnte jedoch als Präzedenzfall für andere Importeure dienen. Nach Auffassung der Mehrheit stützte sich Präsident Trump auf das Defizit der Leistungsbilanz statt der Zahlungsbilanz, wie es das Gesetz von 1974 vorsieht. Das Gericht stellte fest, dass die Leistungsbilanz — und die Handelsbilanz als Bestandteil der Leistungsbilanz — zwar für Zahlungsbilanzdefizite relevant sei, jedoch nicht dasselbe darstelle, und dass das Gesetz diese Unterscheidung ausdrücklich anerkenne. Das Justizministerium legte weniger als einen Tag später Berufung gegen das Urteil ein. Daher dürften die Zölle für die meisten Importeure während des Berufungsverfahrens vorerst in Kraft bleiben.

Leitlinien für reduzierte Pharmazölle

Das *Bureau of Industry and Security* (BIS) hat das Antragsverfahren für Pharmaunternehmen veröffentlicht, die im Gegenzug für die Verlagerung der Produktion patentierter Medikamente und Wirkstoffe in die USA niedrigere Section-232-Zölle erhalten können. Unternehmen mit Genehmigung könnten anstelle des geplanten Zollsatzes von 100 % (gemäß der Bekanntgebung vom 2. April) einen reduzierten Satz von 20 % erhalten. Einige Unternehmen könnten vorübergehend sogar einen Zollsatz von 0 % erhalten, wenn sie zusätzliche Preisvereinbarungen mit dem Department of Health and Human Services treffen. Anträge müssen bis zum 12. Juni eingereicht werden und detaillierte Angaben zu Investitionsplänen, Produktionszusagen in den USA und den betroffenen Produkten enthalten.

Aktualisierungen zu Stahl- und Aluminiumzöllen

Das *Bureau of Industry and Security* veröffentlichte eine technische Korrektur zu einer Bekanntgebung der US-Regierung vom April 2026 zu Metallzöllen. Darin wird klargestellt, dass Produkte, die keines der betroffenen Metalle (Stahl, Aluminium oder Kupfer) oder deren Derivate enthalten, nicht den Zöllen unterliegen. Die Bekanntgebung änderte die Anwendung der Section-232-Zölle und führte Zölle von 50 % auf den Gesamtwert der betroffenen Metalle sowie Zölle von 25 % auf Folgeprodukte mit einem Anteil von mindestens 15 % dieser Metalle ein. Die Korrektur führt eine neue Zolltarifunterposition für Produkte ein, die zwar als metallbezogen eingestuft werden, diese Materialien tatsächlich jedoch nicht enthalten. Importeure sollen diese neue Unterposition verwenden, wenn die HTS-Codes ihrer Einfuhren unter die Section-232-Zölle für Stahl, Aluminium oder Kupfer fallen, das Produkt jedoch keines dieser Metalle enthält.

Das US-Wirtschaftsministerium veröffentlichte Ende April Verfahren für reduzierte Section-232-Zölle auf Stahl und Aluminium für kanadische und mexikanische Produzenten. Diese

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSDFAARA Registration Unit 08/25/2026 2:55:52 PM

Reduzierungen gehen auf eine Bekanntgebung der US-Regierung vom Oktober 2025 zurück, die Zölle auf mittelschwere und schwere Lkw sowie Fahrzeugteile eingeführt hatte. Die Bekanntgebung ermächtigte das Wirtschaftsministerium, Zollentlastungen von bis zu 50 % für Unternehmen zu gewähren, die die US-Industrie unterstützen und die heimischen Kapazitäten ausbauen.

Um sich zu qualifizieren, müssen Unternehmen Stahl oder Aluminium mit USMCA-Ursprungseigenschaft in Kanada oder Mexiko herstellen, US-Autohersteller oder Hersteller schwerer Nutzfahrzeuge beliefern und sich verpflichten, die Primärproduktionskapazitäten für Stahl oder Aluminium in den USA auszubauen. Die Zollreduzierungen gelten nur für einen begrenzten Zeitraum und nur für Mengen an Aluminium oder Stahl, die den neu zugesagten US-Produktionskapazitäten entsprechen (wie vom Wirtschaftsminister festgelegt). Die Mitteilung erläutert außerdem das Verfahren für den Antragsprozess. (sh)

Digital

US-China-Gipfel: Zusage zu bilateralen Handelsbeziehungen, wenig Konkretes

Präsident Trump und Präsident Xi Jinping beendeten zweitägige Gespräche in Peking, bei denen die US-Regierung mehrere vorläufige Handels- und Wirtschaftsvereinbarungen ankündigte, wobei viele Details sowie die Umsetzungszeiträume weiterhin unklar bleiben. Laut einem Faktenblatt des Weißen Hauses erklärte sich China bereit, (1) 200 Boeing-Flugzeuge zu kaufen, (2) die jährlichen Käufe von US-Agrarprodukten bis 2028 auf mindestens 17 Milliarden US-Dollar zu erhöhen, (3) den Marktzugang für bestimmte US-Rindfleisch- und Geflügelexporte wiederherzustellen sowie (4) Gespräche über eine Lockerung bestimmter Beschränkungen bei Lieferketten für Seltene Erden und kritische Mineralien aufzunehmen.

Eine Erklärung des chinesischen Wirtschaftsministeriums besagte zwar, dass die USA und China vereinbart hätten, den bilateralen Handel zu fördern, enthielt jedoch keine konkreten Zusagen. Beide Seiten einigten sich auf die Einrichtung eines neuen Board of Trade und eines Board of Investment zur Förderung zukünftiger Verhandlungen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Trotz der Teilnahme mehrerer CEOs von Halbleiterunternehmen an der US-Delegation gab es bislang keine Ankündigungen zur technologischen Zusammenarbeit.

Die Gespräche schienen sich vor allem auf die Stabilisierung der breiteren Beziehungen zwischen den USA und China zu konzentrieren und weniger auf die Lösung langjähriger Streitpunkte in Bezug auf Zölle, Exportkontrollen, Taiwan oder Industriepolitik.

Digital Asset Market Clarity Act

Der Bankenausschuss des Senats brachte den *Digital Asset Market Clarity Act* („CLARITY Act“) voran, wobei sich zwei Demokraten gemeinsam mit allen Republikanern des Ausschusses der Abstimmung von 15 zu 9 anschlossen. Das Gesetz würde einen föderalen Regulierungsrahmen für digitale Vermögenswerte in den Vereinigten Staaten schaffen.

Die Aufsicht würde aufgeteilt zwischen der *Commodity Futures Trading Commission* (CFTC), die für „digitale Rohstoffe“ zuständig wäre, und der *U.S. Securities and Exchange Commission* (SEC), die digitale Wertpapierdarstellungen sowie Token mit einer Art Investmentvertrag beaufsichtigen würde. Der Gesetzentwurf enthält außerdem Regelungen zu Stablecoins, Geldwäschebekämpfung, Verbraucherschutz, Offenlegungspflichten sowie dezentralen Finanzdienstleistungen (DeFi).

Die Version des Bankenausschusses muss zunächst mit einem ähnlichen Gesetzentwurf abgestimmt werden, der den Landwirtschaftsausschuss des Senats noch nicht passiert

Received by NSDFAARA Registration Unit 08/25/2026 2:55:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

hat. Anschließend muss sie mit der Version des Repräsentantenhauses abgeglichen und von beiden Kammern des Kongresses verabschiedet werden.

DOC will KI-Modelle von Unternehmen vor der Einführung evaluieren
Das Center for AI Standards and Innovation (CAISI) kündigte neue Vereinbarungen mit Microsoft, Google DeepMind und xAI an, um nationale Sicherheitstests fortschrittlicher KI-Modelle vor und nach ihrer öffentlichen Veröffentlichung durchzuführen.

Die Initiative erweitert einen bestehenden Rahmen für KI-Sicherheitstests zwischen Regierung und Industrie und spiegelt die wachsenden Sorgen in Washington über Cybersicherheitsrisiken, Missbrauchsmöglichkeiten und die Auswirkungen fortschrittlicher KI-Systeme auf die nationale Sicherheit wider. Die Ankündigung signalisiert zudem eine stärkere Rolle des Bundes bei der Aufsicht über KI unter der Trump-Regierung – trotz ihres allgemeineren Fokus auf Deregulierung und die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit im KI-Bereich.

Das CAITI ist beim *National Institute of Standards and Technology* (NIST) angesiedelt – einer Behörde innerhalb des US-Wirtschaftsministeriums (DOC). (sh)

Energie

USA und EU formalisieren Partnerschaft für kritische Rohstofflieferketten
Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union (EU) einigten sich auf ein *Memorandum of Understanding* (MOU) und einen Aktionsplan zur Festlegung der gemeinsamen Anstrengungen zur Diversifizierung von Lieferketten kritischer Rohstoffe, allen voran Seltener Erden. Das MOU etabliert die strategische Partnerschaft als bilaterale Kooperation zwischen EU und USA entlang der gesamtem Wertschöpfungskette kritischer Rohstoffe.

Nach Angaben des Büros des US-Handelsbeauftragten (USTR) soll der Aktionsplan hingegen als Instrument dienen, um konkrete handelspolitische und andere Maßnahmen zur Diversifizierung zu erarbeiten. Ziel ist die Aufstellung eines plurilateralen Abkommens. Der Plan erwähnt ausdrücklich, dass sich die Gespräche auf „[…] Markt- und Handelsmaßnahmen auf der Grundlage von Referenzpreisen, wie Mindestpreise, standardbasierte Märkte, Subventionen zur Beseitigung von starken Preisunterschieden oder Abnahmevereinbarungen“ konzentrieren werden.

Der Schwerpunkt solle zunächst auf einigen gemeinsam ausgewählten Rohstoffen und deren Lieferketten liegen. Der Plan stellt außerdem zukünftige Zusammenarbeit in Aussicht bei regulatorischen und technischen Fragen, der Investitionsförderung und -prüfung, Rapid-Response-Mechanismen, in Forschung und Entwicklung sowie bei der Vorratshaltung. Federführend sein werden USTR und die EU-Generaldirektion Handel (DG Trade).

USA: Rekordproduktion bei Energie, Exportverbote ausgeschlossen
Der Irankrieg und die Schließung der Straße von Hormus treiben auch in den USA die Sprit- und Energiepreise stark in die Höhe. Aufgrund der Wahlkampfversprechen Donald Trumps gegen gestiegene Lebenserhaltungskosten vorzugehen, stieg auch der innenpolitische Druck, Preissteigerungen zu begrenzen. In diesem Zusammenhang schloss US-Energieminister Chris Wright Verbote oder Begrenzungen für den Export von US-Erdölprodukten jedoch aus. In einem Interview forderte er stattdessen eine Steigerung der Exporte von US-Benzin und -Kerosin, was auch zu einer Preissenkung in Europa beitragen könne. Wright hob hervor, dass die Raffineriekapazitäten in den USA den heimischen Verbrauch weit übersteigen.

Während die Preise vieler Energiegüter in den USA stark anstiegen, zeigen aktuelle Daten der *U.S. Energy Information Administration* (eia), dass der US-LNG-Preis nach wie vor

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

von Weltmarktpreisen abgekoppelt ist und auch nach der Sperrung der Straße von Hormus stabil blieb. Der Preisunterschied zu europäischem LNG beträgt nun mehr als $10/MMBtu. Die eia bestätigte auch, dass die gesamte Energieproduktion der USA im Jahr 2025 mit 107 Quads (Quadrillionen BTU, etwa 113 Millionen Terajoule) erneut einen Rekord aufgestellt hat. Die Produktion stieg insgesamt um 3,4 Prozent gegenüber 2024, dem bisherigen Rekordjahr.

Ausschlaggebend waren Rekordproduktionsmengen bei Erdgas, Rohöl, Raffineriegasen und erneuerbaren Energien. Erdgas blieb mit Abstand die wichtigste Energiequelle in den USA. Die Kohleproduktion machte 10 % der Gesamtproduktion aus, erholte sich gegenüber 2024 somit leicht. Innerhalb der Kategorie der erneuerbaren Energien setzten Solar- und Windenergie ihr Wachstum fort und stellten beide neue Rekorde auf.

Administration nutzt Verteidigungsgesetz, um Energieprojekte zu beschleunigen
Zu Beginn von Präsident Trumps zweiter Amtszeit beschloss die Administration am ersten Tag den Ausruf eines „Energienotstands“. Dieser sollte ihr Sonderbefugnisse eröffnen, um Projekte mit politischer Priorität beschleunigen zu können. Darauf aufbauend erließ der Präsident nun vier Exekutivanordnungen (EOs), die darauf abzielen, die Entwicklung einer Vielzahl von Energieprojekten in den Bereichen (1) Erdgas und Flüssigerdgas (LNG), (2) Stromnetz, (3) Kohle sowie (4) Erdölförderung, -raffination und -logistikkapazitäten zu beschleunigen.

Als Gründe für die Beschlüsse wurden steigende Strom- und Kraftstoffkosten sowie die nationale Sicherheit und die Versorgungssicherheit verbündeter Länder im Zuge des Iran-Krieges angeführt. Die Dekrete eröffnen dem US-Energieministerium Mittel in Milliardenhöhe des Defense Production Act (DPA), die im August im Haushaltsausgleichsgesetz OBBA aufgestockt wurden.

Unter anderem ermöglicht der DPA dem US-Energieminister, verschiedene regulatorische Schritte auszusetzen und Bundesaufträge, Kaufzusagen sowie finanzielle Unterstützung zu nutzen, um Energieprojekte zu beschleunigen. Die Anordnungen decken ein breites Spektrum an Aktivitäten, Gütern und industriellen Prozessen in den oben aufgeführten Sektoren ab. (pm)

ICYMI

Sonderumfrage des AHK World Business Outlook Frühjahr 2026
Trotz einer spürbaren Erholung der Geschäftslage deutscher Unternehmen in den USA bleibt die Stimmung 2026 von Unsicherheit geprägt. Vor allem die US-Zollpolitik verursacht höhere Kosten, mehr Bürokratie und belastet Handelsströme. Viele Unternehmen reagieren mit Preiserhöhungen und stärkerer lokaler Produktion in den USA, während andere ihre Aktivitäten diversifizieren oder alternative Märkte erschließen.

Mehr dazu in der Sonderumfrage des AHK World Business Outlook Frühjahr 2026 .

Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:
Tel: (001) 202-378-8288
http://www.rgit-usa.com

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the German Chamber of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.rgit-usa.com/germanbusinessusa

Follow us on LinkedIn!

Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1909 K Street NW Suite 750 | Washington , DC 20006 US

Aus Mailingliste austragen | Constant Contact Datenhinweis

Constant Contact

Try email marketing for free today!

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

REPRESENTATIVE of German Industry + Trade

Washington News

Handel | Digital | Energie

Februar 2026

Im Fokus

US-Delegationen zu Besuch in München und Neu-Delhi

In einer sitzungsfreien Woche beider Kammern des US-Kongresses standen internationale Gipfeltreffen im Mittelpunkt. Die Vereinigten Staaten entsandten hochrangige Delegationen zur Münchner Sicherheitskonferenz sowie zum India AI Action Summit. Nach Reibungen im transatlantischen Verhältnis infolge von US-Äußerungen zu Grönland bemühten sich US-amerikanische Vertreter in München, den europäischen Partnern die fortbestehende sicherheitspolitische Verlässlichkeit der USA zu versichern.

Die Rede von Marco Rubio wurde dabei auf beiden Seiten des Atlantiks aufmerksam verfolgt. Sein Ton wurde vielfach als moderater wahrgenommen als jener des US-Vizepräsidenten Vance im Vorjahr. Zugleich sorgten inhaltliche Akzente für Diskussionen: Rubio betonte kulturelle und völkischen Gemeinsamkeiten als verbindendes Element zwischen den USA und Europa, ein Schwerpunkt, der von manchen Beobachtern als Abkehr von der klassischen Argumentation demokratischer Werte interpretiert wurde. Beim Gipfel in Neu-Delhi kritisierten Vertreter der Trump-Administration zudem Europas regulatorischen Ansatz im Bereich Künstliche Intelligenz. Das europäische KI-Gesetz beeinträchtige aus ihrer Sicht Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft. Sriram Krishnan, Berater für KI-Politik im Weißen Haus, bezeichnete hingegen den indischen Regulierungsansatz als „innovationsfreundlich“.

Innenpolitisch halten unterdessen die Haushaltsstreitigkeiten an. Seit dem 14. Februar ist das US-Heimatschutzministerium (DHS) nicht mehr finanziert. Vom Finanzierungsausfall betroffen sind auch die *Transportation Security Administration* (TSA), unter anderem zuständig für die Sicherheitsabfertigung von Flugpassagieren, sowie die Katastrophenschutzbehörde (FEMA). Demokratische Abgeordnete haben dem Weißen Haus Gesetzesvorschläge vorgelegt, eine Einigung ist bislang nicht in Sicht. (jm)

Handel

Handelsabkommen mit Argentinien, Indien und Taiwan

Das *Agreement on Reciprocal Trade and Investment* zwischen den Vereinigten Staaten und Argentinien beseitigt Zölle auf mehr als 1.000 argentinische Produkte und begrenzt

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

die verbleibenden US-Zölle auf 10 Prozent!

Zudem erweitern die USA ihre Zollkontingente für argentinisches Rindfleisch. Argentinien hebt im Gegenzug Zölle auf über 200 US-Industriegüter auf und gewährt Quoten für Fahrzeuge, Fleisch und bestimmte Agrarprodukte. Das Abkommen betont die Zusammenarbeit bei der wirtschaftlichen Sicherheit, einschließlich Exportkontrollen und der Zusicherung, dass künftige US-Zölle nach Bestimmungen wie Section 232 nicht eingeschränkt werden. Argentinien darf keine diskriminierenden Digitalsteuern gegen US-Unternehmen erheben und verpflichtet sich, keine internationalen Zusagen gegenüber anderen Handelspartnern zu machen, die SPS-Regeln, geografische Herkunftsangaben, Exportkontrollen oder Ursprungsregeln unterlaufen. Beide Länder kündigten zudem ein Rahmenabkommen zu kritischen Mineralien an, um Lieferketten durch Finanzierung, beschleunigte Genehmigungen sowie Zusammenarbeit bei Verarbeitung und Recycling zu stärken.

Die Vereinigten Staaten und Indien haben ein Übergangsabkommen geschlossen, nach dem die USA die Zölle auf die meisten indischen Waren von 50 auf 18 Prozent senken, indem sie den reziproken Zollsatz reduzieren und Russland-bezogene Ölzölle aufheben. Zudem heben die USA Section-232-Zölle auf bestimmte indische Flugzeugteile aus Stahl, Aluminium oder Kupferderivaten auf und gewähren für einige Autoteile ein präferenzielles Zollkontingent mit Befreiung vom 25-Prozent-Zoll. Im Gegenzug verpflichtet sich Indien, Zölle auf sämtliche US-Industriegüter sowie zahlreiche Agrarprodukte abzuschaffen oder zu senken und langjährige nichttarifäre Handelshemmnisse abzubauen, etwa bei Medizinprodukten und IKT-Produkten. Darüber hinaus sagt Indien Käufe von US-Energie, Informations- und Kommunikationstechnologie, Kohle und weiteren Produkten im Wert von 500 Milliarden US-Dollar über fünf Jahre zu. Das Abkommen gilt als Zwischenschritt zu einem umfassenderen bilateralen Handelsabkommen mit vertieftem Marktzugang, Regeln für den digitalen Handel und engerer Abstimmung bei wirtschaftlicher Sicherheit.

Die Vereinigten Staaten und Taiwan haben ein *Agreement on Reciprocal Trade* unterzeichnet, das die US-Zölle auf taiwanische Waren von 20 auf 15 Prozent senkt. Section-232-Zölle auf taiwanische Autoteile, Holz und Holzerzeugnisse werden auf 15 Prozent begrenzt. Für Generika, deren Wirkstoffe, Flugzeugkomponenten und nicht verfügbare natürliche Ressourcen gilt ein reziproker Zollsatz von null Prozent. Laut einem Informationsblatt des US-Wirtschaftsministeriums erhalten taiwanische Halbleiterhersteller, die in den USA investieren, eine bevorzugte Behandlung bei möglichen Section 232 Zöllen. Außerdem sollen taiwanische Halbleiter- und Technologieunternehmen neue Direktinvestitionen in Höhe von insgesamt mindestens 250 Milliarden US-Dollar tätigen, um in den Vereinigten Staaten Produktions- und Innovationskapazitäten in den Bereichen Halbleiter, Energie und künstliche Intelligenz aufzubauen und zu erweitern. Im Gegenzug senkt Taiwan tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse für zahlreiche US-Industrie- und Agrarprodukte, darunter Fahrzeuge, Maschinen sowie Rind- und Schweinefleisch. Das Abkommen stärkt zudem die Zusammenarbeit bei Exportkontrollen und Investitionsprüfungen, enthält neue Verpflichtungen zu Arbeitsrechten, Umweltstandards, digitalem Handel, geistigem Eigentum und Handelserleichterungen.

US-Repräsentantenhaus stimmt gegen Trumps Kanada-Zölle

Drei republikanische Abgeordnete stimmten mit den Demokraten gegen eine Verfahrensregel im Repräsentantenhaus, die Abstimmungen über Zölle blockiert hätte, die durch den *International Emergency Economic Powers Act* (IEEPA) verhängt werden. Kurz darauf stimmte das Haus mit 219 zu 211 Stimmen – sechs Republikaner schlossen sich fast allen Demokraten an – für eine Aufhebung des nationalen Notstands, der als Grundlage für 25-prozentige Zölle auf kanadische Produkte gedient hatte. Sollte auch der Senat zustimmen, ist mit einem Veto von Präsident Trump zu rechnen. Obwohl der Senat im vergangenen Jahr ähnliche Resolutionen beschlossen hat, ist es aufgrund der republikanischen Mehrheiten sehr unwahrscheinlich, dass die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht wird, um ein mögliches Veto zu überstimmen. Führende Demokraten kündigten weitere Ablehnungsvota an, beginnend mit Zöllen auf Waren aus

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Mexiko) um ansteigende Kosten für Verbraucher und Unternehmen im Vorfeld der Zwischenwahlen (Midterms) im November politisch hervorzuheben.

Anhörung des Finanzausschusses des Senats zum US-Mexiko-Kanada-Abkommen
In einer Anhörung zum US-Mexiko-Kanada-Abkommen (USMCA) forderten Mitglieder des Finanzausschusses des Senats stärkere Durchsetzungsinstrumente, klare trilaterale Auslegungen der Regeln und Schutz vor regulatorischen Schlupflöchern zugunsten von Drittstaaten. Senatoren kritisierten Kanadas Praxis bei Zollkontingenten, da Ausnahmen angeblich kanadischen Weiterverarbeitern zugutekommen und US-Lieferanten benachteiligten. Auch Mexikos Energiepolitik, die Nichteinhaltung von Wasserabkommen im Agrarbereich und eine schwache Umweltaufsicht wurden beanstandet. Parteiübergreifend äußerten Mitglieder Sorge darüber, dass China kritische Mineralien und andere Waren über Mexiko in den USMCA-Raum einschleust und forderten strengere Ursprungsregeln. Mit Blick auf die EU wurden Wettbewerbsverzerrungen im Milchsektor sowie Vorteile durch die Verwendung allgemein gebräuchlicher Regionalbezeichnungen wie „Parmesan“ kritisiert. (sh)

Digital

US-Technologieverbände unterstützen KI-Risikorichtlinien
In einem gemeinsamen Schreiben an US-Wirtschaftsminister Howard Lutnick haben mehrere US-Technologieverbänden ihre Unterstützung für das *AI Risk Management Framework* (RMF) vom National Institute for Standards and Technology bekräftigt.
Das unter der Biden-Administration entwickelte Rahmenwerk solle eine sektorübergreifende und internationale Zusammenarbeit im Bereich Künstliche Intelligenz erleichtern. Es stelle freiwillige Leitlinien bereit, die Unternehmen und Behörden eine gemeinsame Terminologie und Struktur für den Umgang mit KI-Risiken an die Hand geben.

Während zahlreiche KI-bezogene Regulierungsinitiativen der Vorgängerregierung inzwischen zurückgenommen wurden und die aktuelle Administration regulatorischen Vorstößen einzelner US-Bundesstaaten sowie internationaler Partner skeptisch gegenübersteht, betonen die unterzeichnenden Verbände den nicht-bindenden Charakter des RMF. Es handele sich nicht um neue Regulierung, sondern um einen praxisorientierten Orientierungsrahmen, der eine gemeinsame Grundlage für *KI-Governance* und Aufsicht schaffen solle.

US-Repräsentantenhaus: Kritik an vermeintlicher Digitalzensur aus Europa
Die republikanische Mehrheit im Justizausschuss des US-Repräsentantenhauses sieht im europäischen *Digital Services Act* (DSA) eine mögliche extraterritoriale Einschränkung der Online-Meinungsfreiheit von US-Bürgern. Ein entsprechender Bericht beruft sich unter anderem auf Zitate von E-Mails von US-Technologieunternehmen und Beamten der Europäischen Kommission.

Nach Darstellung der republikanischen Ausschussmehrheit hätten die Vorgaben des DSA zur Moderation von Inhalten auf großen Online-Plattformen dazu geführt, dass eine Vielzahl von Meinungen eingeschränkt oder entfernt worden sei mit potenziellen Auswirkungen auch auf Nutzer außerhalb der Europäischen Union, darunter auch US-Bürger. Besonders hervorgehoben wird das deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG), das im Bericht als Vorläufer europäischer Regelungen eingeordnet wird. Kritik an europäischen Vorgaben zur Regulierung von Online-Inhalten äußerte auch JD Vance in mehreren Reden, entsprechende Positionen finden sich zudem in der Nationalen Sicherheitsstrategie.

Demokratische Mitglieder des Ausschusses widersprachen der republikanischen Einschätzung. Sie argumentieren, Gefährdungen der Meinungsfreiheit in den USA seien

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

vor allem innenpolitisch zu verorten, verwiesen auf das gewaltsame Vorgehen von Beamten der US-Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) gegen Protestler.

FCC genehmigt erweiterte Nutzung des 6-GHz-Bands für WLAN
Die *Federal Communications Commission* (FCC) hat einstimmig beschlossen, einen größeren Teil des 6-Gigahertz-Spektrums für die lizenzfreie Nutzung durch drahtlose internetfähige Geräte freizugeben. Damit sollen vor allem WLAN-Anwendungen leistungsfähiger und stabiler werden.

Auch international tut sich etwas: Netzbehörden im Vereinigten Königreich und in Indien haben kürzlich Teile des 6-GHz-Bands ebenfalls für WLAN geöffnet. China hingegen plant, das Spektrum vorrangig für zukünftige 6G-Mobilfunkdienste zu nutzen, was zu unterschiedlichen globalen Standards führen könnte.

US-Wirtschaftsverbände wie die *Consumer Technology Association* begrüßten die Entscheidung. Sie betonen, dass die zusätzlichen Hochfrequenzspektren insbesondere für datenintensive Anwendungen wie Virtual- und Augmented-Reality-Geräte von zentraler Bedeutung sind. (jm)

Energie

Trump-Administration kippt Treibhausgasregulierung
Die Trump Administration hat die Gefährdungsfeststellung für Treibhausgase (THGs) der US-Umweltschutzbehörde EPA aus dem Jahr 2009 zurückgenommen. Sie bildete die Grundlage für viele Klimaschutzmaßnahmen der USA und ermöglichte es der EPA, sechs THGs im Rahmen des Luftreinhaltungsgesetzes *(Clean Air Act)* zu regulieren. Im Zuge der Aufhebung wurden auch die bundesweiten THG-Emissionsstandards für neue Kraftfahrzeuge und Motoren außer Kraft gesetzt. Die EPA kündigte an, die Rücknahme der THG-Standards für andere Sektoren, sogenannte „stationäre Quellen“ (Kraftwerke und einige Industrieanlagen), Öl- und Gasbetriebe sowie Gebrauchtwagen, in separaten Regulierungsverfahren abzuwickeln. Unklar ist, ob nicht mehr bestehende bundesstaatliche Regulierungen weiterhin Vorrang (preemption) vor einzelstaatlichen haben werden.

Das Rücknahmeverfahren wird von verschiedenen Organisationen vor Gericht angefochten. Ein ein- bis zweijähriger Prozess, der auch erneut über den Geltungsbereich des Luftreinhaltungsgesetzes entscheiden könnte. Nach langem Rechtsweg könnte die Entscheidung schlussendlich vor dem Obersten Gerichtshof landen, dessen mehrheitlich konservative Mehrheit die Rechtsphilosophie der Trump Administration teilt. Sollte die Rücknahme am Ende Bestand haben, wäre es für künftige Administrationen schwieriger, THGs zu regulieren. Der US-Kongress hat es bisher unterlassen, die Befugnis der EPA zur Regulierung von THGs gesetzlich zu verankern, wodurch die Rücknahme der Gefährdungsfeststellung folgenreich ist.

US-Kongress ebnet Weg für CO2-Studie von Handelsgütern
In einer überraschenden Entscheidung hat die republikanische Führung im Kongress den *PROVE IT Act* im Begleitbericht eines „Minibus”-Gesetzespaket zur Mittelzuweisung der Regierung (sogenannte *appropriations*) aufgenommen. Der überparteiliche *PROVE IT Act* wurde ursprünglich von Senator Kevin Cramer (R-ND) und Senator Chris Coons (D-DE) eingebracht. Er verpflichtet das US-Energieministerium (DOE) zur Untersuchung von eingebetteten CO2-Emissionen in US-Gütern und denen zentraler Handelspartner. Dazu gehören alle CBAM-Güter.

Die Aufnahme in den Bericht stieß auf Widerstand seitens einiger Mitglieder der republikanischen Partei. Kritiker des *PROVE IT Act* argumentieren, dass dies der erste

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Vorstoß zu einer nationalen CO2-Steuer sei, welche die Republikaner vehement ablehnen. Die Autoren argumentieren hingegen, dass die USA ihre relativ sauberen Herstellungsprozesse damit nachweisen und dies als Wettbewerbsvorteil für defensive Handelsmaßnahmen nutzen könnten. Außerdem würden die USA so über eigene Daten verfügen, falls US-Waren im Rahmen des EU-CBAMs übermäßig belastet würden.

Grönlandkrise überschattet US-Ministertreffen zu kritischen Rohstoffen
Bei einem vom US-Außenminister Marco Rubio ausgerichteten Ministertreffen berieten 54 teilnehmende Staaten über die Sicherung und Unterstützung alternativer (nicht-chinesischer) und resilienter Lieferketten für kritische Rohstoffe. Elf Staaten unterzeichneten neue Absichtserklärungen mit den USA. Die USA verkündeten außerdem das *Forum on Resource Geostrategic Engagement* (FORGE), das Nachfolger der *Minerals Security Partnership* (MSP) ist. FORGE soll als Plattform für die Zusammenarbeit auf politischer sowie auf Projektebene dienen. Südkorea wird bis Juni den Vorsitz des Forums übernehmen.

Zentrales Thema der Gespräche und Gegenstand unterschiedlicher Auffassungen waren Preisuntergrenzen oder Mindestimportpreisen für kritische Rohstoffe und Komponenten mit Seltenen Erden wie Permanentmagnete. Die EU und Japan reagierten bei festen Zugeständnissen mit Zurückhaltung, ausgelöst durch anhaltend beschädigtes Vertrauen nach der Grönlandkrise nur Wochen zuvor. Offene Fragen bestünden noch bei der Ausgestaltung von Preismechanismen, bei der Frage nach gleichberechtigtem Zugang zu geförderten Rohstoffen für alle Partnerländer und zur Vereinbarkeit mit WTO-Regeln. Die EU erklärte sich bereit, innerhalb der nächsten 30 Tage (bis Anfang März) ein *Memorandum of Understanding* mit den USA zu unterzeichnen. In einer gemeinsamen Presseerklärung vereinbarten die USA, die EU und Japan die Aufstellung von Aktionsplänen zur Resilienz von Lieferketten für kritische Rohstoffe, die letztlich zu einer plurilateralen Handelsinitiative führen solle.

In den Tagen vor dem Ministertreffen gab die Trump-Administration eine Initiative zur Bevorratung namens *Project Vault* bekannt, die zunächst mit 12 Milliarden US-Dollar finanziert wird. US-Unternehmen können sich an dem Projekt beteiligen, um Rohstoffe zu bevorraten, auf die sie bei Krisen in der Lieferkette zurückgreifen können. (pm)

925.000 Beschäftigte: Deutsche Unternehmen auf Rang vier in den USA
Das Statistikbüro (BEA) des US-Wirtschaftsministeriums hat aktuelle Zahlen zu den Beschäftigten ausländischer Unternehmen in den USA veröffentlicht. Demnach beschäftigen deutsche Tochtergesellschaften in den Vereinigten Staaten rund 925.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Damit liegen deutsche Unternehmen im internationalen Vergleich auf Platz vier der größten ausländischen Arbeitgeber in den USA.

Eine detaillierte Übersicht der Beschäftigtenzahlen nach US-Bundesstaaten sowie weitere Informationen zu ausländischen US-Direktinvestitionen finden Sie hier: www.rgit-usa.com/germanbusinessusa .

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM

Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:
Tel: (001) 202-378-8288
http://www.rgit-usa.com
publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the German Chamber of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com

Follow us on LinkedIn!

Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1909 K Street NW Suite 750 | Washington , DC 20006 US

Aus Mailingliste austragen | Constant Contact Datenhinweis

Constant Contact

Try email marketing for free today!

Received by NSD/FARA Registration Unit 08/25/2026 2:53:52 PM